

Polens Weg in die Europäische Union	797
Bruttoinlandsprodukt wächst kaum noch	804
Geldpolitik auch bei offenen Finanzmärkten gefordert	815

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 47/95

Berlin

Stöglin

23. November 1995

62. Jahrgang

Polens Weg in die Europäische Union

Die Aussicht auf Beitritt zur Europäischen Union (EU) ist in den ostmitteleuropäischen Staaten ein wichtiger Orientierungspunkt im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozeß. Ohne Zweifel gilt dies auch für Polen, das bereits im April 1994 formell die Aufnahme in die Europäische Union beantragt hat und schon allein wegen seiner Bevölkerungsgröße ein besonders interessanter Fall ist. Aus heutiger Sicht wären mit dem Beitritt Polens für die EU neben Vorteilen auch große Lasten verbunden. Eine Osterweiterung der EU, die nicht in der ersten Runde auch Polen einschloße, ist aus politischen und historischen Gründen schwer vorstellbar. Der Blick richtet sich folglich auf Wege zur Überwindung der Schwierigkeiten und auf den voraussichtlichen Zeitbedarf bis zur Realisierung eines Beitritts.

Zu diesen Fragen führte das DIW zusammen mit der Warsaw School of Economics und dem Arbeitskreis Europäische Integration vom 08. bis 10. Juni 1995 in Berlin eine Konferenz durch, an der zahlreiche Expertinnen und Experten aus Polen und Deutschland sowie Vertreter von Europäischer Kommission und Europäischem Parlament teilnahmen¹. Der vorliegende Bericht führt in die Problematik ein.

„Wir (Deutsche) wollen die Aufnahme Polens ... in die Europäische Union. ... Ich bin sicher, daß Sie dieses Ziel, wenn Sie wollen, noch in diesem Jahrzehnt erreichen. ... Damit meine ich ganz ausdrücklich einen Beitritt noch in diesem Jahrzehnt, das heißt: bis zum Ende dieses Jahrhunderts“². Diese Versicherung des deutschen Bundeskanzlers ist der bislang konkreteste Ausdruck der Unterstützung ostmitteleuropäischer Beitrittswünsche durch die Bundesregierung.

Ende August 1995 legte der Außenminister Polens einen detaillierten Zeitplan vor, an dessen Ende die Aufnahme in die EU im Jahre 2000 steht³. Über das Beitrittsziel besteht seit Beginn der Transformation unter allen maßgeblichen politischen Kräften Polens weitgehend Konsens. Aus polnischer Sicht sprechen zahlreiche Gründe für einen Beitritt zur Union; wirtschaftliche Überlegungen sind dabei keineswegs allein ausschlaggebend. So wird betont, daß nach den Umbrüchen im ehemaligen Ostblock die Osterweiterung der EU lediglich die Verwirklichung des politischen Testaments der Gründer der Gemeinschaft sei, die eine Vereinigung Europas auf der Basis gemeinsamer

Werte anstreben⁴. Zudem liege ein Beitritt in Polens Interesse, da sich eine Vielzahl politischer Probleme heute nur noch in internationaler Kooperation lösen lasse. Vor allem würde eine EU-Mitgliedschaft Polen besser in das europäische Sicherheitssystem einbinden. Die Zugehörigkeit zur Union könnte, da sie, anders als eine polnische NATO-Mitgliedschaft, nicht auf massiven Widerstand Rußlands stößt, insofern auch zur dringend notwendigen Stabilisierung der Beziehungen zwischen Warschau und Moskau beitragen.

¹ Die Konferenz wurde vom Auswärtigen Amt und vom ACE/PHARE-Programm der EU unterstützt. Die vollständigen Tagungsergebnisse werden demnächst in der Reihe der Sonderhefte des DIW veröffentlicht.

² Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl am 06. Juli 1995 anlässlich des Empfanges des polnischen Ministerpräsidenten in Warschau. Abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 58 vom 14. Juli 1995, S. 572 f.

³ Rede des polnischen Außenministers Władysław Bartoszewski auf dem Europäischen Forum Alpbach am 31. August 1995.

⁴ Ebenda.

Außenwirtschaftliche Neuorientierung in Polen⁵

Die polnische Außenwirtschaft hat sich im Laufe des Transformationsprozesses bereits stark in Richtung Europäische Union umorientiert (Tabelle 1)⁶. Die Exporte in die EU machten 1989 ein gutes Viertel der polnischen Gesamtexporte aus, 1994 waren es schon gut 60 vH. Auch bei den Importen aus der EU konnte der Anteil ausgebaut werden, von 30 auf knapp 60 vH. Seit 1990 ist Deutschland mit inzwischen weitem Abstand der größte Handelspartner Polens. Der Handel mit den (ehemaligen) RGW-Partnern ging stark zurück. Die Länder der mitteleuropäischen Freihandelszone (CEFTA⁷) konnten ihre Anteile am polnischen Export (etwa 5 vH) und Import (etwa 4 vH) seit 1990 immerhin stabilisieren. Die polnischen Importe entwickelten sich in der betrachteten Periode sehr viel dynamischer als die Exporte, so daß Polen seit 1991 ein — wachsendes — Handelsbilanzdefizit aufweist; der EU-Handel verursacht nunmehr ein Drittel dieses Defizits⁸. Ganz im Gegensatz zur Bedeutung des EU-Handels für Polen spielt dieses Land für den Handel der Union keine nennenswerte Rolle (Tabelle 2). Die EU lieferte 1994 gerade 0,9 vH ihrer Exporte nach Polen und bezog von dort 0,8 vH ihrer Importe. Besonders hoch waren die Exportquoten 1994 bei Finnland, Deutschland, Dänemark und Österreich; bis auf Österreich importierten diese Länder auch in besonderem Maße polnische Waren. Vom Volumen her wird der EU-Handel von

den Lieferbeziehungen mit Deutschland dominiert; mit weitem Abstand folgt Italien auf Platz zwei.

Die intensiviertere wirtschaftliche Verflechtung ist im wesentlichen als Normalisierung nach einer Phase politisch verzerrter Wirtschaftsbeziehungen zu interpretieren⁹. Gravierende wirtschaftspolitische Probleme sind auch bei fortschreitender Verflechtung für die Union nur in einzelnen Branchen zu erwarten. Das Beitritts-gesuch Polens wirft allerdings darüber hinaus Probleme auf, die mit dem inzwischen erreichten gemeinschaftsrechtlichen

⁵ Zur Entwicklung in Polen vgl.: Polen: Realwirtschaftliche Erfolge — Monetäre Probleme. Bearb.: Mechthild Schrooten. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/95.

⁶ Vgl. auch Helga Herberg, Zur Neuorientierung der Außenwirtschaft in Polen, Diskussionspapier des DIW (erscheint demnächst).

⁷ Mitglieder sind Polen, Ungarn, die Tschechische und die Slowakische Republik. Im September wurde die Erweiterung um Slowenien noch in diesem Jahr beschlossen, die um Rumänien, Bulgarien und baltische Staaten in die Wege geleitet.

⁸ Hinzuzurechnen ist allerdings der nicht erfaßte „graue“ Handel, der zu einem großen Teil an der deutsch-polnischen Grenze abgewickelt wird. Seine Wirkung auf den Handelsbilanzsaldo ist nicht geklärt.

⁹ Vgl. Dieter Schumacher, Impact on German Trade of Increased Division of Labour with Eastern Europe. DIW-Discussion Paper Nr. 116.

Tabelle 1

Polens Außenhandel nach Regionen, 1989 bis 1994
in vH

Ländergruppen	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Exporte insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Industrieländer	43,0	58,6	73,9	71,7	75,2	75,4
darunter: EG (12)	27,9	44,2	55,6	57,9	63,3	62,7
Mittel- und Osteuropa	37,2	23,2	16,9	15,5	13,2	14,5
darunter: CEFTA ¹⁾	7,1	5,1	5,3	5,1	4,8	4,8
Entwicklungsländer	19,8	18,2	9,2	12,8	11,6	10,2
Importe insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Industrieländer	46,8	63,8	68,8	72,3	76,3	75,2
darunter: EG (12)	30,9	43,9	49,7	53,1	57,3	57,5
Mittel- und Osteuropa	33,5	23,2	18,8	16,3	13,4	14,2
darunter: CEFTA ¹⁾	7,3	4,5	4,2	4,1	3,6	4,3
Entwicklungsländer	19,6	13,0	12,4	11,4	10,3	10,6
<i>Nachrichtlich (in Mill. US-\$)</i>						
Exporte insgesamt	13 527	13 624	14 913	13 186	14 143	17 239
Importe insgesamt	11 357	8 974	17 084	15 204	18 834	21 569

¹⁾ Mitteleuropäische Freihandelszone: Polen, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn.

Quellen: Statistisches Amt Polens; Foreign Trade Research Institute, Warschau; Internationaler Währungsfonds; Berechnungen des DIW.

Tabelle 2

Handel der EG mit Polen

	Exporte		Importe		Exporte		Importe	
	1989	1994	1989	1994	1989	1994	1989	1994
	in Mill. US-\$				in vH des Handels mit der Welt insgesamt			
Belgien/Luxemburg	201	492	133	470	0,2	0,5	0,1	0,3
Dänemark	166	570	203	602	0,6	1,4	0,8	1,8
Deutschland ¹⁾	2 381	6 420	1 910	6 277	0,7	1,5	0,7	1,7
Griechenland ²⁾	372	58	72	66	0,5	0,7	0,5	0,3
Spanien	53	346	98	210	0,1	0,5	0,1	0,2
Frankreich	382	957	399	816	0,2	0,4	0,2	0,4
Irland	17	37	82	48	0,1	0,1	0,5	0,2
Italien	448	1 771	501	922	0,3	0,9	0,3	0,5
Niederlande	323	1 100	373	757	0,3	0,8	0,4	0,6
Portugal	3	6	11	23	0,0	0,0	0,1	0,1
Vereinigtes Königreich	321	1 079	546	836	0,2	0,5	0,3	0,4
EG (12)	4 332	12 836	4 328	11 027	0,4	0,9	0,4	0,8
Finnland	71	492	246	300	0,3	1,7	1,0	1,3
Österreich	396	528	329	453	1,2	1,2	0,8	0,8
Schweden	248	597	299	462	0,5	1,0	0,6	0,9
EG (15)	5 047	14 453	5 202	12 242	0,4	0,9	0,4	0,8

1) 1989 nur Westdeutschland. — 2) Lt. Partnerlandstatistik von Polen.
 Quellen: Internationaler Währungsfonds; Berechnungen des DIW.

Besitzstand („acquis communautaire“) und dem Transformationsprozeß in Polen verbunden sind. Diese sehr viel schwierigeren Fragen sind vor einem Beitritt zu klären.

**Beitrittschhemnis „acquis communautaire“:
 EU-interner Reformbedarf**

Ein wichtiges Motiv für das polnische Beitrittsstreben ist der Wunsch nach gleichberechtigter Teilhabe an Entscheidungsprozessen, deren Resultate auf jeden Fall auch Auswirkungen auf Polen haben. Wirtschaftspolitisch besonders brisant ist die Einbeziehung Polens in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und in die Strukturpolitik der EU. In allen diesen Bereichen ist die EU aufgerufen zu prüfen, ob der Status quo der Integration mit einer Erweiterung vereinbar ist.

Unabhängig von einer möglichen Osterweiterung steht die Überprüfung der *Effizienz der Institutionen und der Entscheidungsprozesse* in der Union auf der Tagungsordnung der im nächsten Jahr beginnenden Regierungskonferenz. Die Aufnahme neuer Mitglieder verschärft den Entscheidungsdruck. Polens Bevölkerungszahl entspricht etwa derjenigen Spaniens. Ihm ständen folglich zwei Kommissare,

acht Stimmen im Rat (bei Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit) und 60 Sitze im Parlament zu. Eine effiziente Arbeitsweise dieser drei wichtigsten europäischen Institutionen würde bereits durch diesen Zuwachs zwangsläufig erschwert; zur Debatte steht aber eine Erweiterung der EU um bis zu 13 weitere Mitgliedstaaten. Rundum überzeugende Lösungen, wie sie z.B. zur Zeit im Rahmen der sogenannten Reflexionsgruppe gesucht werden, zeichnen sich noch nicht ab. Um die Entscheidungsprozesse insgesamt übersichtlicher zu gestalten und einen zu großen Einfluß von Ländern mit kleiner Bevölkerungszahl zu verhindern, bietet es sich an, im Rat möglichst durchgehend zum Prinzip der *doppelten Mehrheit* überzugehen. Mehrheitsentscheidungen des Rates müßten dann von einer solchen Mehrheit der abstimmungsberechtigten Regierungen getragen werden, die zugleich eine Mehrheit der EU-Bevölkerung repräsentiert. Strittig bliebe dann allerdings noch, in welchen Bereichen weiterhin Einstimmigkeit für erforderlich gehalten wird. Keine Lösung gibt es bislang auch für das Problem, daß einerseits die Wahlkreise der Europa-Abgeordneten nicht zu groß werden sollten, andererseits das Parlament insgesamt im Interesse seiner Arbeitsfähigkeit nicht aus zu vielen Abgeordneten bestehen darf.

Der Bereich der *Landwirtschaft* ist für die EU nach wie vor sensibel. Auch für Polen haben die Entwicklungen in diesem Sektor besonderes Gewicht: Ein gutes Viertel aller Beschäftigten arbeitet dort in der Landwirtschaft¹⁰; Veränderungen der Agrarpreise haben weitreichende Wirkungen, da 30 vH der verfügbaren Einkommen für Nahrungsmittel ausgegeben werden¹¹. Ohne weitere Reformen wären die agrarpolitisch bedingten Belastungen für das Budget der EU erheblich, auch wenn die Spannbreite entsprechender Schätzungen beträchtlich ist. Die genaue Höhe der Belastung durch eine Osterweiterung ist aber letztendlich auch nicht entscheidend; die letzte Reform von 1992 reicht für sich genommen nicht aus und muß fortgeführt werden¹². Polen hat mittlerweile eine liberaler organisierte Landwirtschaft als die EU und bemüht sich um den Auf- und Ausbau marktwirtschaftlicher Institutionen. Der Anteil der sogenannten Net Producer Subsidy Equivalents an der Wertschöpfung des Sektors — mit ihm faßt die OECD die Subventionierung der Landwirtschaft zusammen — lag in Polen 1993 bei 15 vH (1991: 40 vH, 1992: 19 vH)¹³; die Werte für die EU liegen hier bei 50 vH. Im Ergebnis belastet die Agrarpolitik der EU bereits jetzt den Transformationsprozeß in Polen, da es entgegen allgemeiner Erwartung wegen Konsumentenpräferenzen und auch wegen der Exporterstattungen der EU zu einem Defizit Polens im Agrarhandel mit der EU gekommen ist. Mittlerweile tendiert die polnische Landwirtschaftspolitik dazu, einzelne Subventionsinstrumente von der EU zu übernehmen¹⁴. Mangelnde Reformfähigkeit in der Union würde also — abgesehen von der latenten Gefahr künftiger Konflikte in der Welthandelsorganisation — letztlich zu einem Aufschub der Osterweiterung führen und auch die Gefahr in sich bergen, daß marktwirtschaftliche Reformen in der polnischen Landwirtschaft wieder rückgängig gemacht werden. Die Reformen der EU-Agrarpolitik müssen darauf abzielen, Verzerrungen im Preismechanismus und künstliche Produktionsanreize weiter abzubauen. Soweit durch Senkung des Preisstützungsniveaus soziale Ausgleichsmaßnahmen unumgänglich sind, sollte die finanzielle Verantwortung dafür an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden¹⁵. Für die administrative und finanzielle Ausstattung von Systemen umweltgerechter Landbewirtschaftung ist die nationale Ebene ebenfalls zu bevorzugen.

Auch im Falle der gemeinschaftlichen *Strukturfonds*, die dem Ausgleich des Wohlstandsgefälles in der Union dienen sollen, besteht Reformbedarf. 1993 erreichte das Pro-Kopf-Einkommen Polens in Kaufkraftparitäten gerade die Hälfte des Wertes der beiden ärmsten EU-Mitglieder Portugal und Griechenland¹⁶. Dies entspricht etwa einem Drittel des Durchschnittswertes der damals zwölf Mitgliedstaaten. Auch wenn man die vergleichsweise hohen Wachstumsraten in Polen berücksichtigt, ist auf längere Sicht mit einem erheblichen Wohlstandsgefälle zwischen EU und Polen zu rechnen. Nach vorsichtigen Schätzungen erscheint unter den heute geltenden Regeln ein Jahresbetrag von 10 Mrd. ECU — in Preisen von 1992 — als Untergrenze der aus den Strukturfonds zu leistenden Transfers bei einer

Mitgliedschaft Polens zum Ende des Jahrzehnts¹⁷. Dies entspräche einem Drittel der für 1999 geplanten Ausgaben für Strukturpolitik.

Mit dem massiven Ausbau der gemeinschaftlichen Strukturpolitik haben sich die Bedingungen für eine Osterweiterung erheblich verschlechtert. Weder läßt die Haushaltslage in den reicheren EU-Mitgliedstaaten eine kräftige Ausweitung ihrer Abführungen an den Gemeinschaftshaushalt realistisch erscheinen, noch ist eine Zustimmung der jetzigen Empfängerländer zu einer Erweiterung zu erwarten, wenn sie danach bei unverändertem Gesamtvolumen der Strukturfonds mit den Neu-Mitgliedern die Mittel teilen müssen. Wie bei der Agrarpolitik wird bereits bestehender Reformdruck durch die Osterweiterung verschärft. Bei einer Weiterentwicklung der Strukturpolitik sollten zahlreiche Instrumente abgeschafft werden, die heute die Transparenz und Effizienz des Fördersystems verringern, ohne wirtschaftspolitisch gut begründet zu sein. Dies würde die Konzentration der Unterstützung auf die bedürftigsten Empfänger steigern. Bei den verbleibenden Maßnahmen — dies wäre vor allem die sogenannte Ziel-1-Förderung der besonders bedürftigen Regionen — ist die Effizienz zu erhöhen. Der Schlüssel zu einer Reform ist die Bereitschaft der reicheren Mitgliedsländer, zur Ermöglichung der Osterweiterung und zugunsten einer effizienteren Strukturpolitik auf Mittelzuflüsse in diesem Politikbereich weitgehend zu verzichten¹⁸.

Beitrittschwellen Transformationsökonomie: Anforderungen an Polen

Jedes Land, das in die Europäische Union aufgenommen werden will, muß den jeweils erreichten gemein-

¹⁰ Von polnischer Seite wird allerdings darauf verwiesen, daß die Angaben für Polen wegen gering ausgeprägter beruflicher Spezialisierung nicht mit denen für die EU (6 vH der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft) verglichen werden können.

¹¹ OECD (1995a), *Agricultural Policies, Markets and Trade in the Central and Eastern European Countries, Selected New Independent States, Mongolia and China — Monitoring and Outlook 1995*, Paris, S. 57. Für Westdeutschland beträgt dieser Wert etwa 18 vH.

¹² Reform der Agrarpolitik — weiterer Anpassungsbedarf. Bearb.: Peter Hrubesch. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 32/95.

¹³ OECD 1995a, *Review of Agricultural Policies: Poland*, Paris, S. 232.

¹⁴ OECD 1995b, a.a.O., S. 57 ff.

¹⁵ Vgl. Tangermann, Stefan/Josling, Timothy E. (1994), *Pre-accession agricultural policies for central Europe and the European Union. Final Report. Studie im Auftrag der Europäischen Kommission*, als Manuskript vervielfältigt.

¹⁶ World Bank, *World Development Report 1995*, Tab. 30.

¹⁷ Vgl. Die Norderweiterung der Europäischen Union — Ende eines Integrationskonzepts. Bearb.: Fritz Franzmeyer, Christian Weise. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 4/95, S. 102.

¹⁸ Vgl. Christian Weise, EU-Politik zur Steigerung regionaler Wettbewerbsfähigkeit. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Heft 2/95, S. 266-278.

schaftsrechtlichen Besitzstand früher oder später voll übernehmen. Dieser muß sich wegen des skizzierten EU-internen Reformbedarfs bei einem Beitritt Polens von dem heute erreichten Stand unterscheiden. Einige Herausforderungen werden aber auch in fünf oder zehn Jahren im Grundsatz unverändert bestehen: Polen muß letztendlich volle Teilhabe am Binnenmarkt gewährleisten, der für die Gemeinschaft konstitutiv ist, und es muß sich in den Prozeß zur Herbeiführung einer EU-weiten Währungsunion einfügen.

Bei der *güterwirtschaftlichen Integration* müssen sich neue Mitglieder dem erreichten Gemeinschaftsrecht voll anpassen, und sie müssen dessen Umsetzung institutionell gewährleisten. Dies betrifft das Wettbewerbsrecht, vor allem die Beihilfenaufsicht. Erhebliche Konsequenzen hat zudem der in der Gemeinschaft mittlerweile (weitgehend) verwirklichte Binnenmarkt. Polen und die anderen ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten müssen zahlreiche Institutionen zur Regulierung des Marktgeschehens teilweise gänzlich neu aufbauen. Wo EU-weit geltende, harmonisierte Standards und Normen bestehen, müssen diese von den Mitgliedstaaten faktisch durchgesetzt werden. Doch auch das heute dominierende Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, wonach kein EU-Mitglied seine Märkte für ein in einem anderen Mitgliedsland zugelassenes Produkt sperren darf, erfordert z.B. Institutionen zur Überprüfung der technischen Sicherheit und gesundheitlichen Unbedenklichkeit, denen alle EU-Mitglieder vertrauen. Die Kommission hat die Bedeutung dieser Fragen mit der Vorlage eines Weißbuches betont¹⁹. In ihm werden die rechtlichen Schritte, die für eine volle Teilhabe am Binnenmarkt notwendig sind, vorgestellt und nach Prioritäten eingestuft. Das Weißbuch darf nicht als Zusammenstellung unmittelbar zu erfüllender Beitrittskriterien verstanden werden. In der Substanz erfordert die Mitgliedschaft in der EU jedoch auch und vor allem die Fähigkeit, am Binnenmarkt uneingeschränkt teilzunehmen.

Die Konvergenzkriterien zur Teilnahme an der *Währungsunion* stellen ohne Zweifel noch auf absehbare Zeit eine hohe Hürde für Polen dar²⁰. Im Unterschied zu den jetzigen Mitgliedern der EU scheinen auf den ersten Blick die fiskalpolitischen Kriterien kaum Probleme zu bereiten: Das laufende Defizit lag in den letzten beiden Jahren knapp unter der Schwelle von 3 vH; auch die kumulierte Verschuldung könnte Optimismus rechtfertigen. Dieses Bild ist jedoch keineswegs Folge besonders disziplinierter Fiskalpolitik, sondern vorläufiges Ergebnis der Reduzierung von Polens zuvor massiver Außenverschuldung durch die westlichen Gläubiger. Der Anteil des Schuldendienstes für Inlandskredite an den Staatsausgaben entwickelt sich dynamisch; es kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß das Defizit-Kriterium auch in den nächsten Jahren erfüllt wird. Massive Schwierigkeiten bestehen daneben offensichtlich in der Geld- und Währungspolitik. Allerdings ist es weder wünschenswert noch notwendig, daß sich Polen einer exzessiven Stabilisierungspolitik

unterwirft, nur um bereits zum Zeitpunkt eines — von polnischer Seite möglichst früh angestrebten — Beitritts alle Konvergenzkriterien zu erfüllen. Wichtiger ist die Orientierung an den ordnungs- und prozeßpolitischen Vorgaben, die — mehr oder weniger direkt — mit dem Streben nach einer Währungsunion für alle Wirtschaftssubjekte verbunden sind. Dazu gehören z.B. das Verbot eines bevorrechtigten Zugangs des Staates zu den Finanzinstituten, eine die Inflation eindämmende Geldpolitik und eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik. Das Modell abgestufter Integration, nach dem vorübergehend nicht alle EU-Mitglieder gleichzeitig auch der Währungsunion angehören, erlaubt eine spätere, reibungslose Einbindung.

Gestaltung und Dauer der Übergangsperiode

Den Beitrittskandidaten wird nicht die *sofortige* Übernahme des gemeinschaftsrechtlichen Besitzstandes abverlangt. Dies würde einen Beitritt auf absehbare Zeit unmöglich machen. Auch in früheren Erweiterungsrunden wurden immer wieder für besonders problematische Fragen Übergangslösungen vereinbart. Was unmittelbare Beitrittsbedingung ist und wo Übergangsregeln denkbar sind, muß Gegenstand konkreter Verhandlungen sein. Polen setzt hier offensichtlich auf sehr weitgehende Regelungen („Schnelle Mitgliedschaft — lange Anpassungsfristen“²¹). Als Vorbild wird immer wieder die Süderweiterung genannt — in der Tat hatten Spanien und Portugal lange Übergangsperioden in heute wieder problematischen Politikfeldern (Agrarpolitik) aushandeln können.

Wenn auch Anpassungsfristen viel zur Erleichterung eines Beitritts beitragen können, so gilt es doch, bei ihrer Ausgestaltung drei Bedingungen zu berücksichtigen:

(1) Alle Übergangsregeln müssen klar befristet sein; die dauerhafte Befreiung der Mitgliedstaaten Großbritannien und Dänemark vom *acquis communautaire* bei der Währungsunion bzw. in der Sozialpolitik eröffnet keine Optionen für Beitrittskandidaten.

(2) Auch befristete Regeln müssen grundsätzlich dem Diskriminierungsverbot (Art. 6 EGV) genügen, nach dem in der EU alle Unionsbürger gleichzubehandeln sind.

(3) Die Süderweiterung ist kein übertragbares Beispiel für Übergangsregeln, da sich die europäische Integration mit dem Wegfall der internen (Wirtschafts-)Grenzen erheblich weiter entwickelt hat. War es damals noch möglich, mittels Grenzkontrollen einen gespaltenen Agrarmarkt zu organisieren, so ist dies heute mit dem Binnenmarkt nicht mehr vereinbar. Übergangsregeln müssen also daraufhin

¹⁹ Europäische Kommission, Vorbereitung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt der Union — Weißbuch. Brüssel, den 03. Mai 1995, KOM(95) 163 endg.

²⁰ Vgl. Polen: Realwirtschaftliche Erfolge — Monetäre Probleme, a.a.O.

²¹ Władysław Bartoszewski, a.a.O.

geprüft werden, ob sie ohne Grenzkontrollen im Warenverkehr umsetzbar sind. Die letzte Beitrittsrunde zum Jahresbeginn dürfte in dieser Hinsicht besseres Anschauungsmaterial liefern als die Süderweiterung.

Übergangsregelungen werden in den Beitrittsverhandlungen eine wichtige Rolle spielen. Sie sind aber keineswegs ein Allheilmittel. Vor allem wenn die oben entwickelten Grundsätze mißachtet werden, bergen sie Gefahren.

Dies liegt zum einen in der Natur von Übergangsregeln. Sie sollen Schwierigkeiten umgehen helfen, wo bestimmte Wirtschaftsbereiche oder Institutionen noch nicht beitriffähig sind. D.h., sie sollen Reformdruck mindern. Der Zwang, der aus übergeordneten integrationspolitischen Zielen resultiert, ist aber ein besonders wichtiges Instrument, um Reformen voranzutreiben, die in der EU wie in den Transformationsländern auf jeden Fall notwendig sind.

Die zweite Gefahr liegt darin, daß durch exzessiven Gebrauch von Übergangsregeln der Charakter der Integration verändert wird. Es ist ein durchaus denkbare Szenario, daß Polen z.B. mit dem Aufbau der Institutionen, die für einen funktionierenden Binnenmarkt notwendig sind, nicht schnell genug vorankommt und auch wettbewerbspolitische Ausnahmen für das verarbeitende Gewerbe anstrebt. Im Gegenzug könnten die jetzigen EU-Mitglieder fordern, Polen zunächst von der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer auszuschließen. Langfristige Anpassungsfristen in diesem Sinne würden in der Summe zwar erhebliche Beitrittshindernisse aus dem Weg

räumen. Polen wäre bei einer solchen Ausklammerung aller gravierenden wirtschaftspolitischen Probleme in den Beitrittsverhandlungen aber nicht Mitglied der Europäischen Union als eines hochintegrierten Staatenverbundes, wie sie bislang zu verstehen war. Die zentrale Idee der europäischen Integration war es gerade, nicht lediglich einen symbolischen, politisch motivierten Zusammenschluß wirtschaftlich nur wenig verflochtener Staaten zu bilden. Vielmehr liegt ihr Erfolg darin begründet, durch die Schaffung gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeiten Frieden und Stabilität zu gewährleisten.

Ebenso wie ungenaue Vorstellungen über die Konsequenzen einer Mitgliedschaft in der EU müssen zu knapp kalkulierte Zeitpläne für die Phase bis zur Mitgliedschaft zu Enttäuschungen bei den Beitrittskandidaten führen. Das von der polnischen wie der deutschen Regierung in Aussicht gestellte Jahr 2000 ist kein realistischer Beitrittstermin. Wegen des skizzierten Reformbedarfs innerhalb der Union werden die 1996 beginnende Regierungskonferenz und die Ratifikation des dann reformierten EU-Vertrages frühestens im Jahre 1999 abgeschlossen. Erst dann können Verhandlungen über eine Erweiterung der Union sinnvollerweise starten, deren Ergebnisse wiederum von allen Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament ratifiziert werden müssen. Nach den Erfahrungen mit den letzten Erweiterungsrounden wäre es bereits optimistisch, mit einem Abschluß dieses Prozesses bis zum Jahre 2005 zu rechnen. Anpassungsfristen könnten dann um das Jahr 2015 auslaufen.

Tabelle 3

Ausgewählte Infrastrukturindikatoren

	Jahr	Polen	Deutschland	EU(12)
Fernsprechhauptanschlüsse				
in 1000	1993	4 416	36 900	158 205
pro 1000 Einwohner		115	454	454
Straßennetz				
in 1000 km	1993 ¹⁾	232	640	2 960
Dichte (km/km ² Landesfläche)		0,72	1,79	1,25
davon: Autobahn in vH		0,1	1,7	1,2
Eisenbahnnetz				
in km	1992	23 399	40 833	135 501
Dichte (km/km ² Landesfläche)		0,07	0,11	0,06
davon: elektrifiziert in vH	1992	49,1	40,4	41,7
mehrgleisig in vH	1990	37,5	45,9	44,5

¹⁾ EU: 1992.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistisches Amt Polens; Europäische Kommission; Internationaler Straßenverband; Berechnungen des DIW.

Fazit

Trotz gravierender Probleme ist eine Osterweiterung um Polen und andere Länder Ostmitteleuropas eine realistische Perspektive. Die Vorteile liegen vor allem in der politischen Stabilisierung und Einbindung der Region und in den wirtschaftlichen Gewinnen aus effizienterer Arbeitsteilung. Innerhalb der EU werden oft zu sehr die Probleme bei einer Erweiterung betont.

Polen und die anderen Beitrittskandidaten Ostmitteleuropas haben die Möglichkeit, die Beitrittsverhandlungen zu entlasten. Ein erster Schritt dazu wäre es, zügig und konkret herauszuarbeiten, wo Schwierigkeiten mit der Übernahme des *acquis communautaire* bestehen. Vor allem in der Binnenmarktgesetzgebung ist dies möglich. Bei der Vorlage ihres Weißbuches im Mai forderte die Kommission die Beitrittskandidaten dazu auf. Hier und bei allen Stellungnahmen zu den anderen Unionspolitiken sollten die Beitrittskandidaten möglichst gemeinsame Standpunkte entwickeln. Dies kann nicht nur die Verhandlungen verkürzen, sondern würde auch Regierungen und Bevölkerung in den beteiligten Ländern an den Zwang zur Kompromißfindung gewöhnen, wie er in der EU typisch ist. Dies würde auch der EU an wichtiger Stelle die Beitrittsfähigkeit demonstrieren.

Auch die Europäische Union kann einiges tun, die Glaubwürdigkeit ihrer Selbstverpflichtung auf das Ziel einer Osterweiterung zu unterstreichen. Der wichtigste Prüfstein ist hier sicher die Entschlossenheit, mit der die Entscheidungsgremien der Union die internen Reformen vorantreiben. Daneben zeigt sich ihr Engagement vor allem in der Handelspolitik und im Ausmaß ihrer finanziellen Unterstützung der Transformationsländer. Besonders wichtig für die privatwirtschaftlichen Investitionsbedingungen und damit für das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist die Infrastruktur. Polen hat hier erhebliche Defizite (Tabelle 3). Es bietet sich an, die EU-Hilfen auf die grenzüberschreitende Infrastruktur auszurichten und die ostmitteleuropäischen Länder wirkungsvoller als bisher in die trans-europäischen Infrastrukturnetze einzubeziehen, deren Entwicklung zur Zeit ein wichtiges Arbeitsfeld der Kommission ist. Damit könnte gleichzeitig die Kooperation der ostmitteleuropäischen Länder untereinander sowie zwischen dieser Ländergruppe und der EU gefördert werden. Vor allem würden die Beitrittskandidaten so auch näher an die Union herangeführt, und die wirtschaftliche Integration als Vorstufe bzw. notwendiges Element einer Mitgliedschaft würde erleichtert.

Bruttoinlandsprodukt wächst kaum noch

Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland für das dritte Quartal 1995¹

Nach der Jahresmitte hat sich das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland weiter verlangsamt. Das reale saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoinlandsprodukt war nur noch wenig höher als im Vorquartal, das entsprechende Vorjahresquartal übertraf es damit aber noch um 1,7 vH. Daß es überhaupt zu einem geringfügigen Anstieg im Berichtszeitraum kam, ist allein der Aufwärtsentwicklung in Ostdeutschland zuzuschreiben. Während hier die gesamtwirtschaftliche Produktion nach 2,5 vH im Vorquartal nochmals um 1,5 vH ausgeweitet werden konnte, stagnierte sie in Westdeutschland auf Vorquartalsniveau. Die entsprechenden Vorjahresergebnisse wurden um 6,1 vH bzw. 1,3 vH übertroffen.

Das Tempo des Preisauftriebs war im Berichtszeitraum gering; der Deflationierungsfaktor des Bruttoinlandsprodukts übertraf das Niveau vom Vorquartal um 0,5 vH. Die Terms of Trade haben sich nach der Jahresmitte weniger verbessert als im Vorquartal. Während das Anstiegstempo bei den Exportpreisen mit 0,5 vH unverändert blieb, gingen die Importpreise kaum noch zurück.

Die Produktivität je geleistete Arbeitsstunde erhöhte sich in Deutschland im dritten Quartal mit 1 vH erneut kräftig.

Der Anstieg in Ostdeutschland war mit 1,5 vH zwar abermals stärker, die Relation der ostdeutschen zur westdeutschen Stundenproduktivität verbesserte sich mit 0,3 vH-Punkten aber nur wenig. Mit 41 vH ist diese Relation immer noch sehr niedrig, wenn auch deutlich höher als 1990 (30 vH). Der Produktivitätsanstieg in Deutschland kam bei einem abermaligen Rückgang des Arbeitsvolumens zustande; die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt wurde weiter abgebaut, vor allem aber wurden die pro Kopf geleisteten Arbeitsstunden reduziert. Die Zahl der Arbeitslosen ist auch nach der Jahresmitte weiter gestiegen, im dritten Quartal waren bereits wieder 3,61 Mill. Personen arbeitslos, die Arbeitslosenquote belief sich auf 9,4 vH. Während in Westdeutschland 2,57 Mill. Personen (8,3 vH der Erwerbspersonen) eine Arbeit suchten, waren es in Ostdeutschland 1,04 Mill. Personen (13,9 vH).

Die Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer expandierten im Berichtszeitraum um 1,5 vH (nach gut 1 vH im Vorquartal). Sie lagen damit um fast 5 vH über denen des Vorjahres, dabei belief sich der Anstieg in West-

¹ Analysiert werden in diesem Bericht, soweit nicht anders gekennzeichnet, saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV 4) vorgenommen.

Schaubild 1

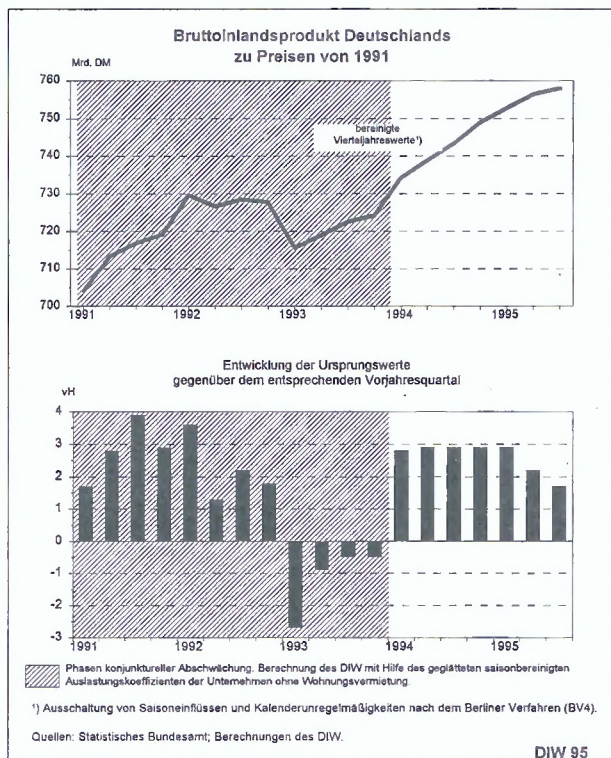
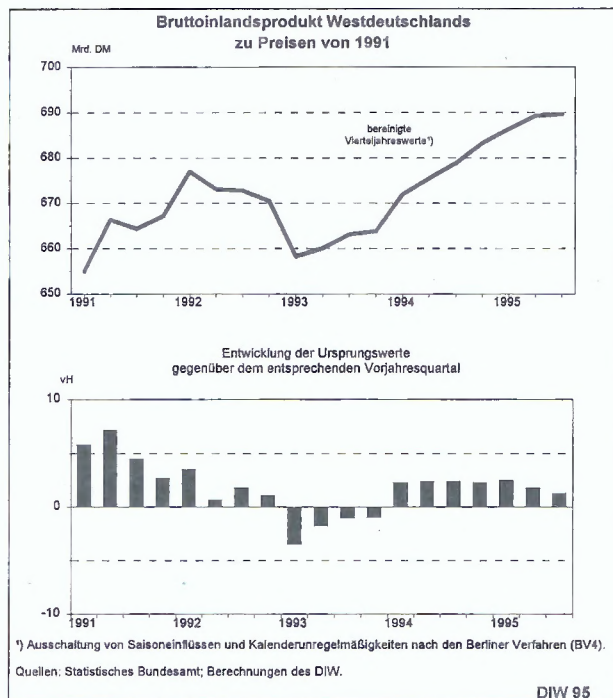


Schaubild 2



deutschland auf 4,5 vH und in Ostdeutschland auf 8,5 vH. Ausschlaggebend für diese Beschleunigung waren Nachzahlungen im Zusammenhang mit Tarifabschlüssen. In Ostdeutschland kam hinzu, daß besonders viele Bereiche in den Genuß von Urlaubsgelderhöhungen kamen. Ostdeutsche Arbeitnehmer beziehen etwa 73,5 vH der Bruttoeinkommen westdeutscher Arbeitnehmer. Bei dieser Konstellation von Durchschnittseinkommen, Arbeitsvolumen und Produktion war der Anstieg der Lohnstückkosten in Deutschland ähnlich hoch wie im Vorquartal. In Ostdeutschland stiegen die Lohnstückkosten seit Anfang dieses Jahres beschleunigt. Die Relation gegenüber Westdeutschland hat sich damit wiederum verschlechtert. Die ostdeutschen Lohnstückkosten liegen um 70 vH über denen in Westdeutschland. Auch im nächsten Jahr ist eine durchgreifende Änderung nicht zu erwarten.

Beiträge der Wirtschaftsbereiche

Nach Stagnation im Vorquartal ging die Leistung im warenproduzierenden Gewerbe Deutschlands im Berichtszeitraum deutlich zurück. Im verarbeitenden Gewerbe beschleunigte sich der Rückgang der Erzeugung von 0,5 vH auf 1 vH; in Ostdeutschland verlangsamte sich dabei die Zunahme von 3 vH auf 1,5 vH. Neben der Produktion von Verbrauchsgütern wurde vor allem die von Vorleistungsgütern eingeschränkt. Bei Investitionsgütern ist die Produktion — von Schwankungen abgesehen — seit Jahresbeginn etwa stabil geblieben. Auch von der Bauwirtschaft gingen nach der Jahresmitte insgesamt keine Impulse mehr aus. War hier die Leistung in Westdeutsch-

land bereits seit Jahresbeginn zurückgenommen worden — sie liegt um gut 3 vH unter dem letzten Höchststand im Jahresendquartal 1994 —, ist sie zwar in Ostdeutschland in diesem Zeitraum noch in etwa gleicher Größenordnung gestiegen, dies ist aber — gemessen an den Raten früherer Jahre — sehr wenig.

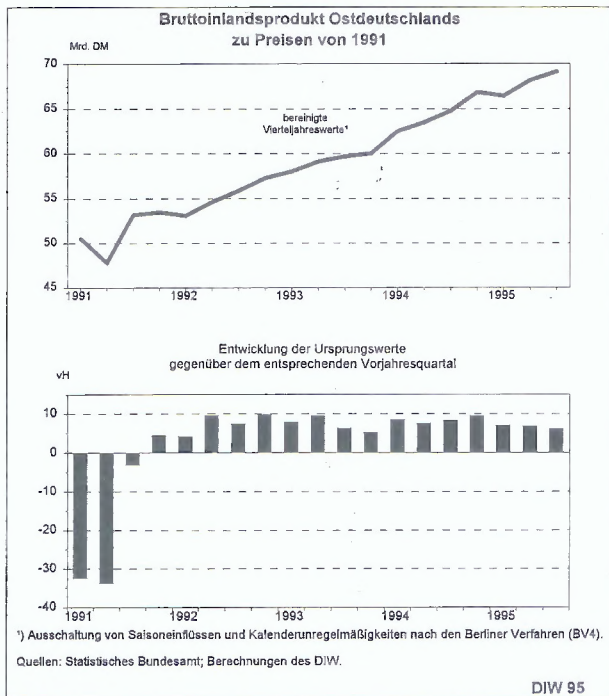
In den verteilenden Bereichen sank die Wertschöpfung nach der Jahresmitte ebenfalls. Während im Verkehrsreich etwa das Leistungsniveau des Vorquartals gehalten werden konnte, sank es im Bereich „Handel“ um etwa 0,5 vH. Vor allem der Einzelhandel hatte höhere Einbußen zu verzeichnen, Ausfluß der schwachen Einkommensentwicklung der privaten Haushalte. Diese wirkte sich auch auf die Zunahme der Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen aus, sie expandierten mit 1 vH schwächer als zuvor, waren damit aber — neben der Landwirtschaft — der einzige Wirtschaftsbereich mit einem positiven Wachstumsbeitrag zum deutschen Bruttoinlandsprodukt.

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Die Ausgaben der privaten Haushalte wurden im Berichtszeitraum von der Entwicklung der verfügbaren Einkommen bestimmt: Diese stagnierten, und die Sparquote blieb unverändert bei 11,4 vH. Nur die Nettoarbeits-einkommen nahmen — trotz rückläufigen Arbeitsvolumens — nach der Jahresmitte etwas zu; dabei spielten die verspäteten Auszahlungen im Gefolge von Tarifabschlüssen die entscheidende Rolle. Da sich die Güter und Dienste der privaten Lebenshaltung im Berichtszeitraum erneut um 0,5 vH verteuerten, sank der *private Verbrauch* in realer Rechnung um 0,5 vH. In Ostdeutschland stiegen die Preise sogar beschleunigt (1,5 vH), weil es im August im Rahmen der Einführung des Vergleichsmietensystems zu kräftigen Mieterhöhungen kam. Von der gedrückten Nachfrage der privaten Haushalte war vor allem der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Bekleidung und Schuhen betroffen. Aber auch verbrauchsnahe Dienstleistungsbereiche hatten kräftige Einbußen zu verzeichnen. Zu einer spürbaren Erhöhung der Nachfrage kam es dagegen beim Kauf von Kraftfahrzeugen. Nachdem hier die Käufe ein Jahr lang mehr oder weniger stagniert hatten, nahmen sie nun — gemessen an den Neuzulassungen — um reichlich 8 vH zu, und zwar sowohl in West- wie in Ostdeutschland.

Die realen *Ausrüstungsinvestitionen* sind im Berichtszeitraum erstmals seit 1½ Jahren nicht mehr gestiegen, sondern haben um fast 1 vH abgenommen. Von nicht geringer Bedeutung war dabei, daß die Auslandsorders bis weit in den Sommer hinein sanken und die Kapazitätsauslastung der deutschen Wirtschaft seit dem zweiten Quartal dieses Jahres zurückgeht. Betroffen waren davon vor allem inländische Investitionsgüterhersteller. Nachdem die Preise von Ausrüstungsgütern zeitweise sogar gesunken waren, ist im Berichtszeitraum wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen gewesen, importierte Investitionsgüter verteuerten sich dabei allerdings nicht.

Schaubild 3



**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
(West- und Ostdeutschland)
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen von 1991 und Lohnstückkosten
Ursprungswerte¹⁾

	1993	1994	1993			1994				1995		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
<i>Bundesrepublik Deutschland</i>												
	Mrd. DM											
Land- u. Forstwirtschaft	45,3	43,7	5,2	21,0	15,1	3,7	4,5	20,0	15,5	4,1	4,4	20,6
Warenproduzierendes Gewerbe	1 004,1	1 037,1	253,2	250,6	259,6	244,8	262,1	260,2	270,0	256,9	266,7	260,8
Handel und Verkehr	422,2	425,0	105,4	106,3	109,6	102,6	106,0	107,0	109,4	103,8	107,5	107,8
Dienstleistungen	926,1	965,5	231,3	234,2	235,1	234,9	241,6	244,9	244,2	245,3	252,7	256,3
Staat u. priv. Org. o. Erw.	401,0	404,4	100,8	99,9	99,4	101,5	101,1	101,1	100,7	102,4	102,4	102,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	2 798,7	2 875,8	695,8	712,0	718,7	687,6	715,2	733,2	739,8	712,5	733,7	747,4
Bruttoinlandsprodukt	2 882,6	2 965,1	715,1	731,7	742,3	712,7	735,5	752,9	764,0	733,4	751,8	765,9
Arbeitsvolumen (Mill. Std)	56 830	55 970	14 286	13 711	14 429	14 289	14 147	13 486	14 048	14 349	13 889	13 237
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	35 213	34 957	35 201	35 233	35 225	34 732	34 866	35 048	35 182	34 679	34 837	34 998
Produktivität (DM)	50,72	52,98	50,06	53,37	51,45	49,88	51,99	55,83	54,39	51,11	54,13	57,86
Eink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM) ²⁾	1 774,6	1 814,3	425,9	440,6	504,4	416,8	431,8	448,0	517,8	427,8	447,2	468,3
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	109,2	108,6	105,7	106,9	120,6	103,8	104,2	105,6	120,3	103,5	105,6	108,5
<i>Westdeutschland</i>												
	Mrd. DM											
Land- u. Forstwirtschaft	38,0	37,4	4,5	16,7	13,4	3,4	4,2	15,9	13,9	3,8	4,1	16,4
Warenproduzierendes Gewerbe	914,3	934,0	230,8	227,2	235,6	221,5	236,2	233,7	242,6	231,0	238,6	232,2
Handel und Verkehr	387,9	388,2	97,0	97,7	100,1	94,3	96,9	97,8	99,3	95,2	98,0	98,2
Dienstleistungen	870,7	905,2	217,3	220,1	220,9	220,6	226,5	229,6	228,6	229,7	236,2	239,6
Staat u. priv. Org. o. Erw.	348,6	352,3	87,0	87,4	87,3	87,9	87,9	88,2	88,3	88,5	88,8	89,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	2 559,4	2 617,1	636,5	649,1	657,2	627,7	651,7	665,1	672,6	648,1	665,8	675,5
Bruttoinlandsprodukt	2 644,5	2 706,8	656,1	669,0	681,0	652,9	672,0	685,0	696,9	669,4	683,9	693,8
Arbeitsvolumen (Mill. Std)	46 199	45 247	11 610	11 149	11 701	11 554	11 432	10 894	11 367	11 562	11 164	10 637
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	29 005	28 654	29 018	29 010	28 966	28 561	28 629	28 677	28 749	28 337	28 431	28 497
Produktivität (DM)	57,24	59,82	56,51	60,01	58,20	56,51	58,78	62,88	61,31	57,90	61,26	65,22
Eink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM) ²⁾	1 543,3	1 564,3	371,1	381,7	437,9	360,4	373,1	384,9	446,0	366,9	383,1	398,6
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	108,0	107,0	104,7	105,6	119,0	102,2	102,8	104,0	118,5	101,5	103,7	106,4
<i>Ostdeutschland</i>												
	Mrd. DM											
Land- u. Forstwirtschaft	7,3	6,3	0,7	4,3	1,7	0,3	0,3	4,1	1,6	0,4	0,2	4,2
Warenprod. Gewerbe	89,8	103,1	22,4	23,4	23,9	23,4	25,9	26,5	27,4	25,9	28,1	28,6
Handel und Verkehr	34,3	36,8	8,4	8,6	9,5	8,4	9,1	9,2	10,2	8,6	9,5	9,6
Dienstleistungen	55,4	60,3	14,0	14,1	14,2	14,3	15,1	15,3	15,6	15,6	16,5	16,6
Staat u. priv. Org. o. Erw.	52,5	52,1	13,9	12,5	12,1	13,6	13,2	12,9	12,4	14,0	13,5	13,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	239,3	258,7	59,3	62,9	61,5	60,0	63,5	68,1	67,2	64,4	67,9	72,0
Bruttoinlandsprodukt	238,1	258,3	59,0	62,7	61,3	59,8	63,5	67,9	67,1	64,0	67,9	72,1
Arbeitsvolumen (Mill. Std)	10 631	10 723	2 676	2 562	2 728	2 735	2 715	2 592	2 681	2 787	2 725	2 600
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	6 208	6 303	6 183	6 223	6 259	6 171	6 237	6 371	6 433	6 342	6 406	6 501
Produktivität (DM)	22,40	24,09	22,05	24,47	22,47	21,87	23,39	26,20	25,03	22,96	24,92	27,72
Eink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM) ²⁾	231,3	250,0	54,8	58,9	66,5	56,4	58,7	63,1	71,8	60,8	64,1	69,7
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	112,5	112,1	107,6	108,8	125,6	109,2	107,0	107,6	123,9	110,0	109,4	112,0

¹⁾ Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt. — ²⁾ Inlandskonzept. — ³⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1991 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
(West- und Ostdeutschland)
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen von 1991 und Lohnstückkosten
Entwicklung der Ursprungswerte¹⁾

	1993	1994	1993			1994				1995		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
<i>Bundesrepublik Deutschland</i>												
Land- u. Forstwirtschaft	-5,8	-3,5	8,0	-11,2	-7,5	-7,0	-13,0	-4,8	2,3	10,7	-2,2	3,1
Warenproduzierendes Gewerbe	-5,7	3,3	-5,8	-4,7	-3,4	1,7	3,5	3,9	4,0	4,9	1,8	0,2
Handel und Verkehr	-0,7	0,7	-0,2	0,7	-0,9	1,8	0,6	0,6	-0,2	1,1	1,4	0,7
Dienstleistungen	4,1	4,3	3,9	4,4	4,1	4,1	4,5	4,6	3,9	4,4	4,6	4,6
Staat u. priv. Org. o. Erw.	1,4	0,9	2,2	0,7	0,1	0,6	0,3	1,3	1,3	0,9	1,3	0,9
Bruttowertschöpfung (unber.)	-0,9	2,8	-0,6	-0,5	-0,3	2,3	2,8	3,0	2,9	3,6	2,6	1,9
Bruttoinlandsprodukt	-1,2	2,9	-0,9	-0,5	-0,5	2,8	2,9	2,9	2,9	2,9	2,2	1,7
Arbeitsvolumen	-2,6	-1,5	-1,7	-2,7	-1,9	-0,8	-1,0	-1,6	-2,6	0,4	-1,8	-1,9
Erwerbstätige	-1,8	-0,7	-1,9	-1,8	-1,6	-1,3	-1,0	-0,5	-0,1	-0,2	-0,1	-0,1
Produktivität	1,5	4,4	0,8	2,3	1,4	3,6	3,9	4,6	5,7	2,5	4,1	3,6
Eink. aus unselbst. Arbeit ²⁾	2,1	2,2	3,1	0,3	1,3	3,2	1,4	1,7	2,7	2,6	3,6	4,5
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	3,3	-0,6	4,0	0,9	1,9	0,4	-1,4	-1,2	-0,3	-0,3	1,3	2,8
<i>Westdeutschland</i>												
Land- u. Forstwirtschaft	-8,3	-1,6	4,4	-12,2	-9,8	0,3	-6,0	-4,9	3,5	10,3	-1,9	3,5
Warenproduzierendes Gewerbe	-7,0	2,2	-7,1	-6,1	-4,6	0,4	2,4	2,9	3,0	4,3	1,0	-0,6
Handel und Verkehr	-1,5	0,1	-1,0	-0,1	-2,0	1,3	-0,1	0,0	-0,8	1,0	1,1	0,4
Dienstleistungen	4,1	4,0	3,9	4,4	4,1	3,9	4,2	4,3	3,5	4,1	4,3	4,4
Staat u. priv. Org. o. Erw.	1,2	1,1	1,2	1,2	1,0	1,1	1,1	1,0	1,2	0,7	1,0	0,9
Bruttowertschöpfung (unber.)	-1,5	2,3	-1,4	-1,1	-0,8	1,8	2,4	2,5	2,3	3,3	2,2	1,6
Bruttoinlandsprodukt	-1,9	2,4	-1,8	-1,1	-1,0	2,3	2,4	2,4	2,3	2,5	1,8	1,3
Arbeitsvolumen	-3,1	-2,1	-2,0	-3,3	-2,9	-1,6	-1,5	-2,3	-2,9	0,1	-2,3	-2,4
Erwerbstätige	-1,5	-1,2	-1,5	-1,7	-1,8	-1,6	-1,3	-1,2	-0,8	-0,8	-0,7	-0,6
Produktivität	1,3	4,5	0,3	2,3	1,9	3,9	4,0	4,8	5,3	2,5	4,2	3,7
Eink. aus unselbst. Arbeit ²⁾	1,0	1,4	1,7	-0,6	0,5	2,2	0,6	0,8	1,9	1,8	2,7	3,6
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	2,9	-1,0	3,5	0,5	1,6	-0,1	-1,8	-1,5	-0,5	-0,7	0,9	2,3
<i>Ostdeutschland</i>												
Land- u. Forstwirtschaft	9,4	-13,6	40,4	-7,1	16,1	-46,0	-60,6	-4,4	-6,9	14,7	-7,7	1,2
Warenprod. Gewerbe	9,0	14,8	10,1	11,4	10,7	16,4	15,5	13,3	14,4	11,1	8,9	7,7
Handel und Verkehr	10,6	7,4	10,6	11,1	11,7	8,0	7,6	7,6	6,7	2,6	4,9	4,0
Dienstleistungen	3,9	8,8	4,0	4,6	3,2	8,9	8,2	8,2	10,0	9,1	9,2	8,7
Staat u. priv. Org. o. Erw.	2,7	-0,7	8,4	-2,2	-6,4	-2,9	-5,0	3,4	2,4	2,3	2,8	0,7
Bruttowertschöpfung (unber.)	6,6	8,1	8,5	5,5	5,4	7,9	7,0	8,2	9,2	7,4	7,1	5,7
Bruttoinlandsprodukt	7,2	8,5	9,5	6,3	5,3	8,5	7,6	8,3	9,5	7,0	6,9	6,1
Arbeitsvolumen	-0,5	0,9	-0,3	0,0	2,5	2,6	1,5	1,2	-1,7	1,9	0,4	0,3
Erwerbstätige	-2,8	1,5	-3,7	-2,0	-0,6	0,1	0,9	2,4	2,8	2,8	2,7	2,0
Produktivität	7,8	7,6	9,8	6,3	2,8	5,8	6,1	7,0	11,4	5,0	6,5	5,8
Eink. aus unselbst. Arbeit ²⁾	10,3	8,1	13,3	7,1	7,1	10,4	7,1	7,2	8,0	7,9	9,3	10,4
Lohnstückkosten ²⁾³⁾	2,9	-0,4	3,5	0,7	1,6	1,7	-0,5	-1,0	-1,4	0,8	2,2	4,0

1) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr. — 2) Inlandskonzept. — 3) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1991 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
(West- und Ostdeutschland)
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen von 1991 und Lohnstückkosten
Saisonbereinigte Werte¹⁾

	1992	1993				1994				1995		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
<i>Bundesrepublik Deutschland</i>												
	Mrd. DM											
Land- u. Forstwirtschaft	12,8	11,7	11,6	11,0	11,0	11,1	10,9	10,5	11,2	11,3	10,9	11,2
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	259,2	251,6	250,0	250,8	250,1	254,7	258,2	260,5	264,1	265,1	264,9	263,3
Handel und Verkehr ²⁾	106,3	104,8	105,6	106,0	105,7	106,4	106,1	106,5	106,4	107,1	107,9	107,7
Dienstleistungen	226,2	227,8	230,1	232,7	235,4	237,6	240,3	243,0	244,7	248,0	251,3	254,2
Staat u. priv. Org. o. Erw.	99,9	100,3	100,5	100,1	100,2	100,7	100,8	101,4	101,6	101,6	102,1	102,2
Bruttowertschöpfung (unber.)	705,6	695,1	698,6	700,8	704,2	710,8	717,0	722,3	726,7	734,3	735,4	736,9
Bruttoinlandsprodukt	728,4	715,1	719,7	722,6	725,3	734,4	739,3	744,0	748,5	753,7	755,5	757,3
Arbeitsvolumen (Mill. Std)	14 521	14 195	14 241	14 186	14 210	14 067	14 077	13 989	13 872	14 058	13 824	13 753
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	35 598	35 430	35 265	35 131	35 017	34 974	34 942	34 943	34 964	34 927	34 916	34 893
Produktivität (DM)	50,2	50,4	50,6	51,0	51,1	52,2	52,6	53,3	54,0	53,7	54,7	55,2
Eink. aus unselbst. Arb. (Mrd. DM) ³⁾	442,8	439,6	443,9	444,2	446,8	451,2	450,8	453,1	459,3	461,5	466,7	473,5
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	108,2	109,4	109,8	109,4	109,6	109,4	108,6	108,4	109,2	109,0	110,0	111,3
<i>Westdeutschland</i>												
	Mrd. DM											
Land- u. Forstwirtschaft	11,1	9,7	9,8	9,3	9,2	9,5	9,4	9,0	9,6	9,6	9,4	9,6
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	238,2	230,5	228,0	228,0	227,0	230,2	232,9	234,7	237,1	238,2	237,4	235,3
Handel und Verkehr ²⁾	98,4	96,6	97,2	97,4	96,9	97,4	97,0	97,3	97,0	97,9	98,4	98,1
Dienstleistungen	212,5	214,3	216,3	218,7	221,2	223,0	225,4	227,8	229,1	232,1	235,0	237,7
Staat u. priv. Org. o. Erw.	86,6	86,7	87,0	87,3	87,5	87,8	87,9	88,1	88,4	88,4	88,8	89,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	647,7	636,8	638,9	640,7	643,1	648,0	653,1	657,0	660,0	667,0	667,0	667,8
Bruttoinlandsprodukt	670,8	657,1	660,3	662,6	664,5	671,7	675,5	678,9	681,9	686,7	687,2	688,0
Arbeitsvolumen (Mill. Std)	11 877	11 584	11 590	11 524	11 505	11 385	11 388	11 296	11 207	11 337	11 124	11 052
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	29 352	29 194	29 064	28 941	28 811	28 741	28 674	28 611	28 589	28 520	28 477	28 432
Produktivität (DM)	56,5	56,7	57,0	57,5	57,8	59,0	59,4	60,2	60,8	60,6	61,8	62,5
Eink. aus unselbst. Arb. (Mrd. DM) ³⁾	387,4	383,5	386,2	385,9	387,4	390,2	389,2	390,3	394,7	396,1	399,5	404,2
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	107,1	108,3	108,5	108,0	108,1	107,7	106,9	106,6	107,4	107,0	107,8	109,0
<i>Ostdeutschland</i>												
	Mrd. DM											
Land- u. Forstwirtschaft	1,8	2,0	1,9	1,7	1,8	1,6	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	21,0	21,2	22,0	22,9	23,2	24,6	25,4	25,9	27,0	27,0	27,7	28,1
Handel und Verkehr ²⁾	8,0	8,2	8,5	8,6	8,8	9,0	9,1	9,3	9,4	9,3	9,6	9,6
Dienstleistungen	13,8	13,5	13,8	14,0	14,2	14,6	14,9	15,2	15,6	15,9	16,3	16,6
Staat u. priv. Org. o. Erw.	13,3	13,6	13,5	12,8	12,8	12,9	12,8	13,2	13,1	13,2	13,3	13,2
Bruttowertschöpfung (unber.)	57,9	58,4	59,7	60,1	61,1	62,8	63,8	65,3	66,7	67,3	68,4	69,2
Bruttoinlandsprodukt	57,6	58,0	59,4	59,9	60,8	62,8	63,8	65,2	66,6	67,0	68,2	69,3
Arbeitsvolumen (Mill. Std)	2 644	2 612	2 651	2 662	2 705	2 682	2 689	2 692	2 666	2 721	2 700	2 701
Erwerbstätige (1 000 Pers.)	6 246	6 236	6 201	6 190	6 206	6 232	6 268	6 333	6 376	6 407	6 439	6 461
Produktivität (DM)	21,8	22,2	22,4	22,6	22,5	23,4	23,8	24,2	25,0	24,7	25,3	25,7
Eink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM) ³⁾	55,5	56,0	57,6	58,3	59,4	61,1	61,7	62,7	64,6	65,4	67,2	69,3
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	112,6	113,0	113,5	113,8	114,4	113,8	113,1	112,7	113,4	114,2	115,2	117,0

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Inlandskonzept. — ⁴⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1991 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

**Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
(West- und Ostdeutschland)
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen von 1991 und Lohnstückkosten
Entwicklung der saisonbereinigten Werte¹⁾

	1992 IV	1993				1994				1995		
		I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
<i>Bundesrepublik Deutschland</i>												
Land- u. Forstwirtschaft	1,5	-9,0	-0,5	-5,5	0,5	0,5	-1,5	-4,0	6,5	0,5	-3,0	3,0
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	-2,0	-3,0	-0,5	0,5	-0,5	2,0	1,5	1,0	1,5	0,5	0,0	-0,5
Handel und Verkehr ²⁾	0,0	-1,5	1,0	0,5	-0,5	0,5	-0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0
Dienstleistungen	1,0	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,5	1,5	1,5	1,0
Staat u. priv. Org. o. Erw.	0,5	0,5	0,5	-0,5	0,0	0,5	0,0	0,5	0,0	0,0	0,5	0,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	0,0	-1,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	0,5	1,0	0,0	0,0
Bruttoinlandsprodukt	0,0	-2,0	0,5	0,5	0,5	1,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	0,5
Arbeitsvolumen	0,0	-2,5	0,5	-0,5	0,0	-1,0	0,0	-0,5	-1,0	1,5	-1,5	-0,5
Erwerbstätige	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Produktivität	0,0	0,5	0,5	0,5	0,0	2,5	0,5	1,5	1,5	-0,5	2,0	1,0
Eink. aus unselbst. Arbeit ³⁾	0,5	-0,5	1,0	0,0	0,5	1,0	0,0	0,5	1,5	0,5	1,0	1,5
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	0,5	1,0	0,5	-0,5	0,0	-0,5	-0,5	0,0	1,0	0,0	1,0	1,0
<i>Westdeutschland</i>												
Land- u. Forstwirtschaft	0,0	-12,5	0,5	-4,5	-1,0	3,0	-1,0	-4,5	7,5	0,0	-3,0	3,0
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	-2,5	-3,5	-1,0	0,0	-0,5	1,5	1,0	1,0	1,0	0,5	-0,5	-1,0
Handel und Verkehr ²⁾	0,0	-2,0	0,5	0,0	-0,5	0,5	-0,5	0,5	-0,5	1,0	0,5	-0,5
Dienstleistungen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,5	1,5	1,5	1,0
Staat u. priv. Org. o. Erw.	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,0	0,0	0,5	0,0	0,5	0,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	-0,5	-1,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	0,5	0,5	1,0	0,0	0,0
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	-2,0	0,5	0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	0,0
Arbeitsvolumen	0,0	-2,5	0,0	-0,5	0,0	-1,0	0,0	-1,0	-1,0	1,0	-2,0	-0,5
Erwerbstätige	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,0	-0,5	0,0	0,0
Produktivität	0,0	0,5	0,5	1,0	0,5	2,0	0,5	1,5	1,0	-0,5	2,0	1,0
Eink. aus unselbst. Arbeit ³⁾	0,0	-1,0	0,5	0,0	0,5	0,5	-0,5	0,5	1,0	0,5	1,0	1,0
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	0,5	1,0	0,0	-0,5	0,0	-0,5	-1,0	0,0	0,5	-0,5	1,0	1,0
<i>Ostdeutschland</i>												
Land- u. Forstwirtschaft	8,5	13,5	-5,5	-10,5	7,0	-11,5	-3,0	1,5	3,0	1,5	-5,0	4,0
Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	1,5	1,0	4,0	4,0	1,5	6,0	3,0	2,5	4,5	0,0	2,5	1,5
Handel und Verkehr ²⁾	2,5	3,0	3,0	2,0	2,0	2,0	1,0	2,0	2,0	-1,5	3,0	0,5
Dienstleistungen	2,0	-2,5	2,0	2,0	1,0	3,5	1,5	2,0	2,5	2,0	2,5	1,5
Staat u. priv. Org. o. Erw.	2,0	2,0	-0,5	-5,0	-0,5	1,0	-0,5	3,0	-0,5	0,5	0,5	0,0
Bruttowertschöpfung (unber.)	2,0	1,0	2,5	0,5	1,5	3,0	1,5	2,5	2,0	1,0	1,5	1,0
Bruttoinlandsprodukt	3,0	0,5	2,5	1,0	1,5	3,5	1,5	2,0	2,0	0,5	2,0	1,5
Arbeitsvolumen	-0,5	-1,0	1,5	0,5	1,5	-1,0	0,5	0,0	-1,0	2,0	-1,0	0,0
Erwerbstätige	-1,0	0,0	-0,5	0,0	0,5	0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5
Produktivität	3,5	1,5	1,0	0,5	-0,5	4,0	1,5	2,0	3,0	-1,5	2,5	1,5
Eink. aus unselbst. Arbeit ³⁾	2,5	1,0	3,0	1,0	2,0	3,0	1,0	2,0	3,0	1,5	2,5	3,0
Lohnstückkosten ³⁾⁴⁾	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0,5	0,5	1,0	1,5

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in vH gegenüber Vorquartal. — 2) Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — 3) Inlandskonzept. — 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1991 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
 Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts
 Ursprungswerte¹⁾

	1993	1994	1993			1994				1995		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1 775,6	1 815,0	426,1	440,7	504,7	417,3	432,0	447,8	517,8	428,1	447,2	467,9
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 448,4	1 468,7	346,9	360,4	411,6	337,6	349,0	363,1	418,9	346,1	361,1	379,2
Nettolohn- u. -gehaltsumme	975,4	968,9	231,7	247,5	271,5	226,7	229,1	244,7	268,4	227,9	229,4	247,2
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	616,6	684,9	162,0	165,1	132,8	171,0	180,2	183,8	149,9	188,5	194,6	194,0
Indirekte Steuern abz. Subventionen	345,5	373,0	85,1	86,7	90,7	91,4	94,5	93,0	94,1	93,7	94,4	95,2
Abschreibungen	423,7	439,5	105,8	106,8	107,5	108,4	109,6	110,2	111,3	112,6	114,0	114,8
Bruttosozialprodukt	3 161,5	3 312,4	779,0	799,2	835,7	788,2	816,3	834,8	873,1	822,9	850,1	871,9
Nachrichtlich:												
Verfügb. Einkommen d. priv. Haushalte	2 089,4	2 151,6	502,6	508,5	573,0	528,4	518,2	520,7	584,4	541,9	539,6	537,1
Sparquote ²⁾	12,2	11,6	10,5	10,2	13,7	13,3	10,2	9,5	13,1	13,1	10,0	9,6
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1 834,4	1 902,4	449,9	456,6	494,3	458,3	465,3	471,1	507,7	471,0	485,8	485,8
Öffentlicher Verbrauch	631,7	650,4	149,4	153,2	185,0	150,1	152,4	157,3	190,6	154,8	159,0	164,0
Anlageinvestitionen	689,2	729,7	179,5	179,4	180,3	157,0	188,6	189,0	195,0	166,5	196,0	194,1
Bauten	427,7	471,8	113,8	117,0	106,3	101,3	125,0	126,9	118,6	107,7	130,1	130,8
Ausrüstungen	261,5	257,8	65,7	62,3	74,0	55,7	63,6	62,1	76,4	58,8	65,9	63,3
Vorratsveränderung	-12,7	20,4	-5,5	15,1	-30,9	17,6	-1,5	23,9	-19,6	25,6	-1,0	24,6
Außenbeitrag	12,3	17,5	0,8	-5,3	7,6	5,7	8,6	-2,2	5,3	9,4	11,5	5,4
Ausfuhr	695,9	752,7	170,8	169,1	184,0	179,2	190,7	185,3	197,5	193,5	197,5	194,0
dar.: Waren	603,3	661,9	147,9	144,5	160,5	156,5	168,2	161,2	176,0	170,9	174,4	167,3
Einfuhr	683,6	735,2	170,1	174,5	176,4	173,5	182,1	187,5	192,2	184,1	186,0	188,5
dar.: Waren	536,7	580,1	134,1	131,3	140,4	138,5	144,3	141,8	155,5	146,5	148,4	143,7
Bruttoinlandsprodukt	3 154,9	3 320,3	774,0	798,8	836,3	788,7	813,3	839,2	879,1	827,3	851,3	873,8
Zu Preisen von 1991 (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1 683,7	1 698,1	414,3	420,9	449,2	409,5	416,8	422,5	449,3	412,2	427,3	427,9
Öffentlicher Verbrauch	581,4	588,5	143,5	143,5	153,6	142,0	144,9	145,6	156,0	144,1	147,6	147,9
Anlageinvestitionen	640,9	668,2	166,6	166,0	167,4	144,5	172,4	172,5	178,8	150,9	176,3	174,3
Bauten	386,4	416,6	102,8	105,3	95,5	90,3	110,5	111,7	104,2	93,5	112,1	112,6
Ausrüstungen	254,5	251,6	63,8	60,7	72,0	54,2	61,9	60,9	74,6	57,4	64,2	61,7
Vorratsveränderung	-6,8	24,9	-2,8	14,1	-27,2	18,0	1,1	22,9	-17,0	25,7	1,7	23,7
Außenbeitrag	-16,6	-14,5	-6,4	-12,8	-0,7	-1,3	0,4	-10,5	-3,1	0,6	-1,0	-7,8
Ausfuhr	688,0	739,8	169,0	166,8	181,8	176,7	187,8	181,9	193,3	187,9	191,1	186,7
dar.: Waren	600,9	655,9	147,4	143,6	160,2	155,7	166,9	159,6	173,8	167,4	170,3	162,8
Einfuhr	704,6	754,3	175,4	179,5	182,5	178,0	187,5	192,4	196,4	187,3	192,1	194,5
dar.: Waren	562,1	606,0	140,1	137,2	148,4	145,1	150,8	148,1	162,0	152,2	155,2	150,6
Bruttoinlandsprodukt	2 882,6	2 965,1	715,1	731,7	742,3	712,7	735,5	752,9	764,0	733,4	751,8	765,9
Nachrichtlich:												
Bruttosozialprodukt	2 888,9	2 958,1	719,9	732,0	741,8	712,3	738,3	748,9	758,6	729,4	750,7	764,2
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	109,0	112,0	108,6	108,5	110,1	111,9	111,6	111,5	113,0	114,3	113,7	113,5
Öffentlicher Verbrauch	108,7	110,5	104,1	106,7	120,4	105,7	105,2	108,1	122,2	107,4	107,8	110,9
Bauten	110,7	113,3	110,8	111,1	111,3	112,3	113,1	113,6	113,9	115,2	116,1	116,2
Ausrüstungen	102,7	102,5	103,0	102,7	102,9	102,8	102,8	102,1	102,4	102,5	102,7	102,6
Ausfuhr	101,2	101,8	101,1	101,4	101,2	101,4	101,5	101,9	102,2	103,0	103,3	103,9
Einfuhr	97,0	97,5	97,0	97,2	96,7	97,5	97,1	97,4	97,8	98,3	96,8	96,9
Nachrichtlich:												
Terms of Trade	104,3	104,4	104,2	104,4	104,7	104,0	104,5	104,6	104,4	104,8	106,7	107,2
Bruttoinlandsprodukt	109,5	112,0	108,2	109,2	112,7	110,7	110,6	111,5	115,1	112,8	113,2	114,1

¹⁾ Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt. — ²⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
 Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts
 Entwicklung der Ursprungswerte¹⁾

	1993	1994	1993			1994				1995		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	2,0	2,2	3,0	0,3	1,3	3,2	1,4	1,6	2,6	2,6	3,5	4,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	2,2	1,4	3,1	0,6	1,4	2,5	0,6	0,8	1,8	2,5	3,5	4,4
Nettolohn- u. -gehaltsumme	2,4	-0,7	3,8	1,0	0,8	0,9	-1,1	-1,1	-1,1	0,5	0,1	1,0
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	-1,5	11,1	0,3	3,9	-0,4	9,1	11,2	11,4	12,9	10,2	8,0	5,6
Indirekte Steuern abz. Subventionen	4,5	8,0	5,4	7,7	2,7	10,2	11,0	7,3	3,7	2,5	-0,2	2,4
Abschreibungen	6,5	3,7	6,8	6,1	5,7	4,6	3,6	3,2	3,5	3,9	4,0	4,2
Bruttosozialprodukt	2,2	4,8	3,1	2,6	1,7	5,4	4,8	4,5	4,5	4,4	4,1	4,5
Nachrichtlich:												
Verfügb. Einkommen d. priv. Haushalte	3,9	3,0	4,3	4,1	3,2	4,6	3,1	2,4	2,0	2,6	4,1	3,1
Sparquote
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch	4,6	3,7	4,7	5,5	3,9	5,7	3,4	3,2	2,7	2,8	4,4	3,1
Öffentlicher Verbrauch	2,3	3,0	5,0	0,5	-0,8	4,1	2,0	2,7	3,1	3,1	4,4	4,2
Anlageinvestitionen	-2,8	5,9	-2,9	-1,0	-3,7	4,7	5,1	5,4	8,2	6,0	3,9	2,7
Bauten	5,0	10,3	6,4	7,0	2,2	11,8	9,8	8,4	11,6	6,2	4,1	3,1
Ausrüstungen	-13,4	-1,4	-15,6	-13,1	-11,2	-6,3	-3,1	-0,3	3,2	5,7	3,5	1,9
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	-4,5	8,2	-4,5	-6,2	-0,4	4,3	11,6	9,6	7,3	8,0	3,6	4,7
dar.: Waren	-5,0	9,7	-5,1	-7,4	0,4	4,0	13,7	11,6	9,7	9,2	3,6	3,8
Einfuhr	-6,5	7,6	-6,6	-3,8	-5,1	6,7	7,1	7,5	8,9	6,1	2,1	0,6
dar.: Waren	-9,4	8,1	-9,4	-6,7	-7,4	5,8	7,6	8,0	10,7	5,8	2,8	1,3
Bruttoinlandsprodukt	2,6	5,2	3,2	2,7	2,7	5,8	5,1	5,1	5,1	4,9	4,7	4,1
Zu Preisen von 1991												
Privater Verbrauch	0,5	0,9	0,8	1,5	-0,1	2,5	0,6	0,4	0,0	0,7	2,5	1,3
Öffentlicher Verbrauch	-0,6	1,2	0,8	-0,1	-3,3	0,9	1,0	1,4	1,6	1,5	1,9	1,6
Anlageinvestitionen	-5,7	4,3	-5,8	-3,7	-6,1	2,5	3,5	3,9	6,8	4,4	2,2	1,0
Bauten	0,9	7,8	1,9	3,3	-1,1	9,0	7,6	6,0	9,1	3,5	1,4	0,8
Ausrüstungen	-14,1	-1,2	-16,1	-13,8	-12,0	-6,6	-3,0	0,3	3,7	5,9	3,7	1,4
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	-4,7	7,5	-4,5	-6,3	-0,6	3,8	11,1	9,1	6,3	6,3	1,8	2,7
dar.: Waren	-4,8	9,2	-4,6	-7,1	0,6	3,9	13,3	11,1	8,5	7,5	2,0	2,0
Einfuhr	-5,2	7,1	-4,2	-2,5	-4,5	6,5	6,9	7,2	7,6	5,2	2,5	1,1
dar.: Waren	-7,5	7,8	-6,6	-5,2	-5,8	6,3	7,7	8,0	9,2	4,9	2,9	1,7
Bruttoinlandsprodukt	-1,2	2,9	-0,9	-0,5	-0,5	2,8	2,9	2,9	2,9	2,9	2,2	1,7
Nachrichtlich:												
Bruttosozialprodukt	-1,6	2,4	-1,0	-0,7	-1,5	2,5	2,6	2,3	2,3	2,4	1,7	2,0
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	4,0	2,8	3,9	3,9	4,0	3,1	2,8	2,8	2,7	2,1	1,9	1,8
Öffentlicher Verbrauch	2,9	1,7	4,2	0,6	2,5	3,2	1,0	1,3	1,5	1,7	2,5	2,6
Bauten	4,1	2,3	4,4	3,5	3,4	2,6	2,1	2,3	2,3	2,6	2,6	2,3
Ausrüstungen	0,8	-0,2	0,6	0,7	0,9	0,4	-0,1	-0,6	-0,5	-0,2	-0,2	0,5
Ausfuhr	0,2	0,6	-0,1	0,1	0,2	0,5	0,5	0,5	0,9	1,6	1,8	2,0
Einfuhr	-1,5	0,5	-2,5	-1,3	-0,7	0,2	0,2	0,3	1,2	0,8	-0,3	-0,5
Nachrichtlich:												
Terms of Trade	1,7	0,1	2,4	1,5	0,9	0,3	0,3	0,2	-0,3	0,7	2,1	2,5
Bruttoinlandsprodukt	3,8	2,3	4,2	3,3	3,3	2,9	2,2	2,1	2,1	1,9	2,4	2,4

¹⁾ Veränderung in vH gegenüber Vorjahr.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts
Saisonbereinigte Werte¹⁾

	1992 IV	1993				1994				1995		
		I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM) ³⁾												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1 773	1 759	1 776	1 778	1 788	1 806	1 804	1 813	1 837	1 846	1 867	1 894
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 442	1 436	1 449	1 450	1 457	1 464	1 461	1 466	1 484	1 495	1 511	1 531
Nettolohn- u. -gehaltsumme	972	969	978	976	978	974	969	967	967	975	972	977
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	622	595	614	626	631	659	680	697	707	727	736	739
Indirekte Steuern abz. Subventionen	340	336	342	351	356	369	377	375	373	377	376	383
Abschreibungen	409	415	422	427	431	434	437	441	446	451	455	460
Bruttosozialprodukt	3 144	3 105	3 154	3 183	3 206	3 267	3 298	3 326	3 363	3 400	3 433	3 475
Nachrichtlich:												
Verfügb. Einkommen d. priv. Haushalte	2 055	2 050	2 080	2 105	2 122	2 141	2 141	2 157	2 170	2 192	2 224	2 226
Sparquote ²⁾	12,6	12,6	12,2	11,9	12,0	11,7	11,7	11,4	11,4	11,5	11,4	11,4
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾												
Privater Verbrauch	1 795	1 791	1 826	1 852	1 867	1 890	1 889	1 910	1 922	1 939	1 969	1 971
Öffentlicher Verbrauch	637	629	635	633	634	647	646	651	659	664	673	678
Anlageinvestitionen	711	689	686	694	684	713	722	732	753	747	758	758
Bauten	423	415	424	435	433	458	467	473	489	482	491	493
Ausrüstungen	288	274	262	259	251	255	255	258	264	265	266	265
Vorratsveränderung	-14	-32	-11	-8	-6	5	12	23	34	33	18	25
Außenbeitrag	-10	18	4	2	24	9	26	18	14	27	36	47
Ausfuhr	709	698	684	690	705	726	754	757	773	779	789	798
dar.: Waren	613	606	591	597	612	632	663	667	685	687	694	698
Einfuhr	720	680	679	687	680	716	728	738	758	751	752	751
dar.: Waren	577	537	534	540	530	564	574	581	602	591	597	596
Bruttoinlandsprodukt	3 117	3 095	3 140	3 173	3 202	3 265	3 296	3 335	3 384	3 411	3 455	3 481
Zu Preisen von 1991, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM)³⁾												
Privater Verbrauch	1 694	1 666	1 683	1 694	1 693	1 705	1 692	1 700	1 699	1 712	1 732	1 724
Öffentlicher Verbrauch	594	584	584	582	578	587	588	590	591	594	598	599
Anlageinvestitionen	672	647	639	644	631	656	662	669	686	678	684	682
Bauten	391	379	384	392	387	408	414	417	428	419	424	424
Ausrüstungen	281	267	255	252	244	248	249	252	258	259	260	258
Vorratsveränderung	-13	-27	-5	-3	0	10	17	28	37	37	23	31
Außenbeitrag	-36	-7	-24	-26	-6	-21	-4	-13	-18	-11	-11	-4
Ausfuhr	701	691	677	682	696	716	743	744	756	757	763	769
dar.: Waren	609	602	590	594	610	629	658	661	675	674	678	680
Einfuhr	737	698	701	708	702	737	748	758	774	768	775	774
dar.: Waren	598	559	559	565	558	592	600	608	625	616	625	624
Bruttoinlandsprodukt	2 911	2 862	2 876	2 890	2 897	2 936	2 955	2 973	2 996	3 011	3 025	3 032
Nachrichtlich:												
Bruttosozialprodukt	2 933	2 873	2 887	2 898	2 896	2 938	2 955	2 962	2 979	2 996	3 010	3 029
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	106,5	108,1	109,0	109,9	110,7	111,4	112,1	112,9	113,5	113,8	114,3	114,8
Öffentlicher Verbrauch	107,3	108,0	109,0	108,9	110,0	110,6	110,2	110,7	111,6	112,1	112,9	113,6
Bauten	108,7	109,9	110,9	111,5	112,3	112,7	113,3	114,1	114,8	115,6	116,2	116,7
Ausrüstungen	102,8	102,9	103,1	103,4	103,4	103,2	103,1	102,8	102,9	103,0	103,0	103,4
Ausfuhr	101,6	101,6	101,5	101,8	101,8	101,9	102,1	102,3	102,8	103,4	103,9	104,3
Einfuhr	98,1	97,9	97,4	97,5	97,4	97,6	97,9	97,9	98,5	98,3	97,6	97,5
Nachrichtlich:												
Terms of Trade	104,1	104,3	104,8	104,8	105,1	104,9	104,8	105,0	104,9	105,7	106,9	107,6
Bruttoinlandsprodukt	107,6	108,6	109,6	110,3	111,1	111,7	112,0	112,7	113,4	113,8	114,7	115,3

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. — ²⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — ³⁾ Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
 Verteilung und Verwendung des Bruttosozialprodukts
 Entwicklung der saisonbereinigten Werte¹⁾

	1992	1993				1994				1995		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	0,5	-1,0	1,0	0,0	0,5	1,0	0,0	0,5	1,5	0,5	1,0	1,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	0,5	-0,5	1,0	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	1,0	1,0	1,0	1,5
Nettolohn- u. -gehaltsumme	0,5	-0,5	1,0	0,0	0,0	-0,5	-0,5	0,0	0,0	1,0	-0,5	0,5
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	1,5	-4,5	3,0	2,0	1,0	4,5	3,0	2,5	1,5	3,0	1,5	0,5
Indirekte Steuern abz. Subventionen	3,0	-1,5	2,0	2,5	1,5	3,5	2,0	-0,5	-0,5	1,0	0,0	2,0
Abschreibungen	1,5	1,5	1,5	1,5	1,0	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bruttosozialprodukt	1,0	-1,0	1,5	1,0	0,5	2,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Nachrichtlich:												
Verfügb. Einkommen d. priv. Haushalte	1,5	0,0	1,5	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	0,5	1,0	1,5	0,0
Sparquote
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	2,0	0,0	2,0	1,5	1,0	1,5	0,0	1,0	0,5	1,0	1,5	0,0
Öffentlicher Verbrauch	1,5	-1,5	1,0	-0,5	0,0	2,0	0,0	1,0	1,0	1,0	1,5	1,0
Anlageinvestitionen	0,5	-3,0	-0,5	1,0	-1,5	4,0	1,5	1,5	3,0	-1,0	1,5	0,0
Bauten	3,5	-2,0	2,0	2,5	-0,5	6,0	2,0	1,5	3,0	-1,5	2,0	0,5
Ausrüstungen	-3,5	-5,0	-4,5	-1,0	-3,0	1,5	0,0	1,5	2,5	0,5	0,5	-0,5
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	-2,5	-1,5	-2,0	1,0	2,0	3,0	4,0	0,5	2,0	1,0	1,5	1,0
dar.: Waren	-3,5	-1,0	-2,5	1,0	2,5	3,0	5,0	0,5	2,5	0,5	1,0	0,5
Einfuhr	0,5	-5,5	0,0	1,0	-1,0	5,5	1,5	1,5	2,5	-1,0	0,0	0,0
dar.: Waren	-0,5	-7,0	-0,5	1,0	-1,5	6,5	2,0	1,5	3,5	-1,5	1,0	0,0
Bruttoinlandsprodukt	1,5	-1,5	0,0	-0,5	-0,5	1,5	0,0	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0
Zu Preisen von 1991, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	1,0	-1,5	1,0	0,5	0,0	0,5	-0,5	0,5	0,0	1,0	1,0	-0,5
Öffentlicher Verbrauch	1,5	-1,5	0,0	-0,5	-0,5	1,5	0,0	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0
Anlageinvestitionen	0,0	-4,0	-1,0	0,5	-2,0	4,0	1,0	1,0	2,5	-1,0	1,0	-0,5
Bauten	2,5	-3,0	1,0	2,0	-1,0	5,5	1,5	0,5	2,5	-2,0	1,0	0,0
Ausrüstungen	-4,0	-5,0	-4,5	-1,0	-3,5	2,0	0,0	1,5	2,5	0,0	0,5	-1,0
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	-2,5	-1,5	-2,0	0,5	2,0	3,0	4,0	0,0	1,5	0,0	1,0	1,0
dar.: Waren	-3,5	-1,0	-2,0	1,0	2,5	3,0	4,5	0,5	2,0	0,0	0,5	0,5
Einfuhr	1,0	-5,5	0,5	1,0	-1,0	5,0	1,5	1,5	2,0	-1,0	1,0	0,0
dar.: Waren	0,0	-6,5	0,0	1,0	-1,0	6,0	1,5	1,5	3,0	-1,5	1,5	0,0
Bruttoinlandsprodukt	0,0	-1,5	0,5	0,5	0,0	1,5	0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	0,0
Nachrichtlich:												
Bruttosozialprodukt	0,5	-2,0	0,5	0,5	0,0	1,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	0,5	1,5	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Öffentlicher Verbrauch	-0,5	0,5	1,0	0,0	1,0	0,5	-0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5
Bauten	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	0,5	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,5
Ausfuhr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5
Einfuhr	-0,5	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	-0,5	0,0
Nachrichtlich:												
Terms of Trade	0,5	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0	0,5
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	0,5

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3). Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Die Situation der Bauwirtschaft hat sich zunehmend verschlechtert. Die Auftragseingänge sind vor allem in Westdeutschland seit Jahresbeginn spürbar gesunken. Nach der Jahresmitte sind die realen *Bauinvestitionen* nicht mehr gestiegen. Während dabei öffentliche Bauinvestitionen um 0,5 vH und gewerbliche um 1,5 vH sanken, expandierten die Wohnungsbauinvestitionen noch mit 1 vH. Vom Ausbaugewerbe gingen dabei — insbesondere in Ostdeutschland — spürbare Impulse aus, da die Modernisierungs- und Instandhaltungswelle weiterrollt. Zu nennenswerten Preiserhöhungen ist es auch bei den Bauinvestitionen nicht gekommen. Während sich Wohnbauten überdurchschnittlich verteuerten — hier ist die konjunkturelle Lage am besten — ließen sich vor allem bei öffentlichen Bauten kaum Preisanhebungen durchsetzen.

Das Defizit im Außenhandel vergrößerte sich nach der Jahresmitte nicht weiter; auch gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum verbesserte sich damit der reale *Außenbeitrag*. Während sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz weiter verringerte, nahm der Überschuß in der Handelsbilanz wieder etwas zu. Ausschlaggebend für dieses Ergebnis war, daß die Importe stagnierten, die Exporte wurden dagegen etwas weniger als im Vorquartal erhöht.

Ausblick auf das vierte Quartal

Für das vierte Quartal zeichnet sich aus heutiger Sicht keine grundlegende Tendenzänderung ab. Die bisher verfügbaren Indikatoren und die in die nähere Zukunft weisenden Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe — vor allem die aus dem Inland — sprechen dafür, daß sich die rückläufige Entwicklung hier vorerst fortsetzen wird. Vor allem in Ostdeutschland sind die Auftragseingänge in den letzten Monaten in alarmierendem Tempo gesunken.

Angesichts der zu erwartenden schwachen Einkommensentwicklung werden vom privaten Verbrauch auch im letzten Quartal keine stimulierenden Effekte auf die Gesamtwirtschaft ausgehen. Bei den Ausrüstungen könnte es in den letzten Monaten dieses Jahres zu einer leichten Erholung kommen: die Auftragseingänge aus dem Inland sind hier zuletzt wieder gestiegen, außerdem haben sich die Exportaussichten zuletzt nicht weiter verschlechtert. Die realen Bauinvestitionen werden dagegen auch im vierten Quartal kaum expandieren. Die Reichweite der Auftragsbestände ist hier bereits deutlich zurückgegangen. Allein vom Wohnungsbau werden weiterhin positive Effekte zu erwarten sein.

Der reale Außenbeitrag dürfte auch im vierten Quartal etwas zunehmen. Folgt man den Auftragseingängen aus dem Ausland, so ist mit einem leichten Anstieg der Exporte zu rechnen, die Importe werden vermutlich angesichts der schwachen Inlandsnachfrage stagnieren.

Für das reale Bruttoinlandsprodukt ist bei diesen Annahmen erneut keine Zunahme gegenüber dem Vorquartal zu erwarten, dabei könnte es in Westdeutschland sogar zu einem leichten Rückgang kommen. Der entsprechende Vorjahreswert würde in Deutschland nur noch um gut 1 vH übertroffen, für Westdeutschland errechnen sich dabei knapp 1 vH und für Ostdeutschland 6 vH. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich danach für das Wachstum des realen deutschen Bruttoinlandsprodukts eine Rate von 2 vH (West: 1,5 vH, Ost: 6,5 vH), wenn man die vom Statistischen Bundesamt für das erste Halbjahr veröffentlichten Ergebnisse unterstellt².

² Anmerkungen zu den vom Statistischen Bundesamt für das erste Halbjahr veröffentlichten Ergebnissen; vgl.: Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland im ersten Halbjahr 1995. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/95.

Geldpolitik auch bei offenen Finanzmärkten gefordert

Die Deutsche Bundesbank wird ihr Geldmengenziel für 1995 voraussichtlich nicht mehr erreichen. Obgleich die Geldmenge M3¹ zuletzt wieder stärker zugenommen hat, dürfte sie deutlich unterhalb des angekündigten Zielkorridores von 4 bis 6 vH bleiben. Erstmals seit der Einführung von Geldmengenzielen kommt es damit zu einer Zielunterschreitung. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die künftige Geldpolitik?

Darauf können sehr unterschiedliche Antworten gegeben werden. Ist die Entwicklung der Geldmenge vor allem die Folge von Sondereffekten und klingen diese bald wieder ab, liegt es nahe, der Geldpolitik einen abwartenden Kurs zu empfehlen. Sind diese hingegen nur noch von geringer Bedeutung, ist eine Politik des Abwartens riskant. Eine Zielunterschreitung signalisiert dann, daß die Versorgung der Wirtschaft mit Geld nicht mehr ausreichend ist, um Wachstum und Beschäftigung zu finanzieren. Die Geldpolitik wäre dann insgesamt zu restriktiv ausgelegt.

In der aktuellen Diskussion spielt diese Möglichkeit jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Während noch im vergangenen Jahr von einem Geldangebotsüberhang die Rede war, der Inflationsgefahren heraufbeschwören könne, wurde der „Geldangebotsunterhang“ in diesem Jahr mit bemerkenswerter Gelassenheit aufgenommen. Offenbar wird eine Unterversorgung der Wirtschaft mit Geld als weitaus weniger bedrohlich empfunden als eine Überversorgung.

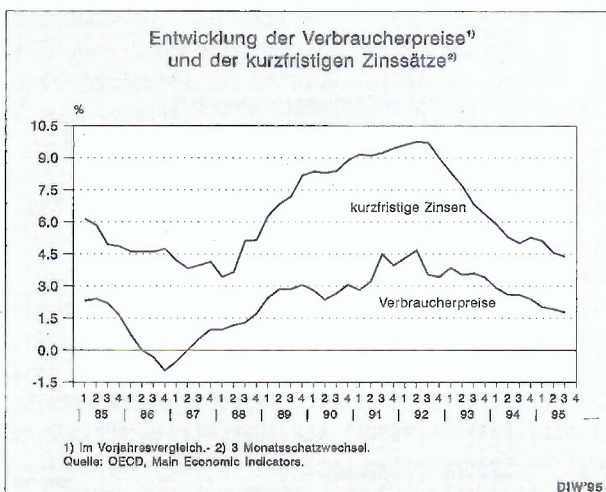
Dabei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, daß der Geldmarktzins seit 1992 rückläufig ist und inzwischen ein Niveau von rund 4 % erreicht hat. Auch der Kapitalmarktzins ist seit der Jahreswende deutlich zurückgegangen. Hatte er zu Jahresbeginn noch bei 7,6 % gelegen, ist inzwi-

schen ein Niveau von 5,8 % erreicht worden. Die Differenz zwischen den lang- und den kurzfristigen Zinsen ist also mit knapp 2 Prozentpunkten deutlich positiv. Daraus läßt sich jedoch nicht von vornherein schließen, daß die Geldpolitik gegenwärtig expansiv wirkt. Auch Zinssätze, die im Zeitvergleich niedrig sind, können zu hoch sein, werden sie mit den erwarteten Erträgen verglichen, die sich in den Preiserwartungen der Unternehmen widerspiegeln. Trüben sich diese mehr und mehr ein, wie es gegenwärtig der Fall ist, kann der Gesamteffekt der Geldpolitik auch dann noch restriktiv sein, wenn die Zinsen spürbar gesunken sind².

Ist unklar, in welche Richtung die Geldpolitik wirkt, drängt sich in der öffentlichen Diskussion immer wieder die aktuelle Preisentwicklung als Bewertungsmaßstab in den Vordergrund. Schaubild 1 zeigt, daß eine enge Beziehung zwischen dem von der Deutschen Bundesbank gesteuerten kurzfristigen Zins und der Entwicklung der Verbraucherpreise bestehen, also der Größe, die vielfach als „die“ Inflationsrate interpretiert wird. Veränderungen des Preisniveaus sind jedoch vor allem ein Ergebnis der konjunkturellen Entwicklung und damit auch geldpolitischer Entscheidungen in der Vergangenheit. Die aktuelle Preisentwicklung hat deshalb eher den Charakter eines nachlaufenden Indikators und sollte nicht Maßstab geldpolitischer Entscheidungen sein.

Eine Zentralbank, die sich an den monetären „fundamentals“ orientiert, wird sich deshalb immer wieder mit den Konsequenzen auseinandersetzen müssen, die sich aus einer Zielverfehlung für die gesamtwirtschaftliche Aktivität ergeben können. Auch gegenwärtig stellt sich die Frage, ob die Unterschreitung des Geldmengenzieles lediglich die Folge von Sondereffekten ist oder aber einen Kurswechsel der Geldpolitik erforderlich macht.

Schaubild 1



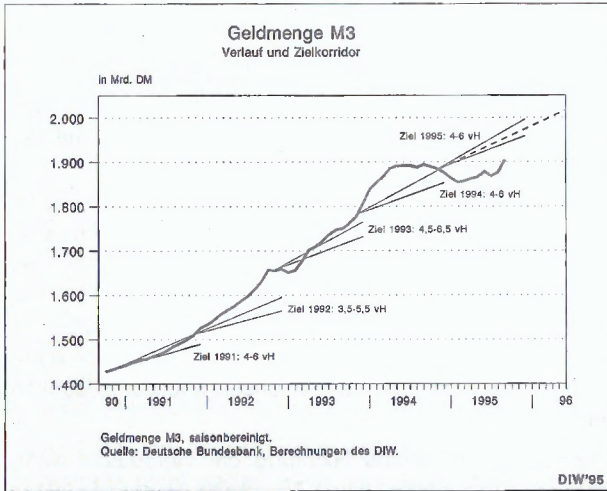
Nur Sondereffekte?

Während die Geldmenge noch zu Beginn der neunziger Jahre relativ stetig mit einer Rate von rund 7 vH zunahm, gleicht sie seit Ende 1993 immer mehr einer Sinuskurve (Schaubild 2). Folgt man der Deutschen Bundesbank, ist diese Entwicklung überwiegend durch Sondereffekte zu erklären. Sondereffekte liegen dann vor, wenn die Geldmengenentwicklung durch singuläre Faktoren verzerrt wird, die voneinander unabhängig sind und kein geldpolitisches Eingreifen rechtfertigen. Vor allem drei Sonderef-

¹ Die Geldmenge M3 umfaßt den Bargeldumlauf, die Sichteinlagen inländischer Nichtbanken, die Termineinlagen mit einer Laufzeit von weniger als vier Jahren sowie die Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist.

² Darauf deuten auch die jüngsten Umfrageergebnisse des ifo Instituts hin; vgl. ifo Wirtschaftskonjunktur 10/95, S. T 35.

Schaubild 2



fekte sind es, die für die starken Schwankungen der Geldmenge seit der Jahreswende 1993/94 verantwortlich gemacht werden: die Einbeziehung ausländischer Investmentzertifikate in die Besteuerung des Zinsabschlages seit dem 1. Januar 1994, die Zulassung von Geldmarktfonds zum 1. August 1994 und das Auslaufen des steuerlichen Schuldzinsenabzuges zum 31. Dezember 1994.

Unbestritten ist, daß diese Sondereffekte zu der ungewöhnlichen Geldmengenentwicklung beigetragen haben, wie sie sich seit nunmehr zwei Jahren abzeichnet. Als der Gesetzgeber die noch verbleibende Lücke in der Zinsabschlagssteuer schloß, wurden ausländische Investmentzertifikate unattraktiv und deshalb kurzfristig abgestoßen. Die dadurch frei werdenden Mittel flossen nach Deutschland zurück und mündeten vor allem in solche Anlageformen, die zur Geldmenge M3 zählen. Das Ergebnis war ein „Liquiditätsstau“, der erst nach und nach abgebaut werden konnte.

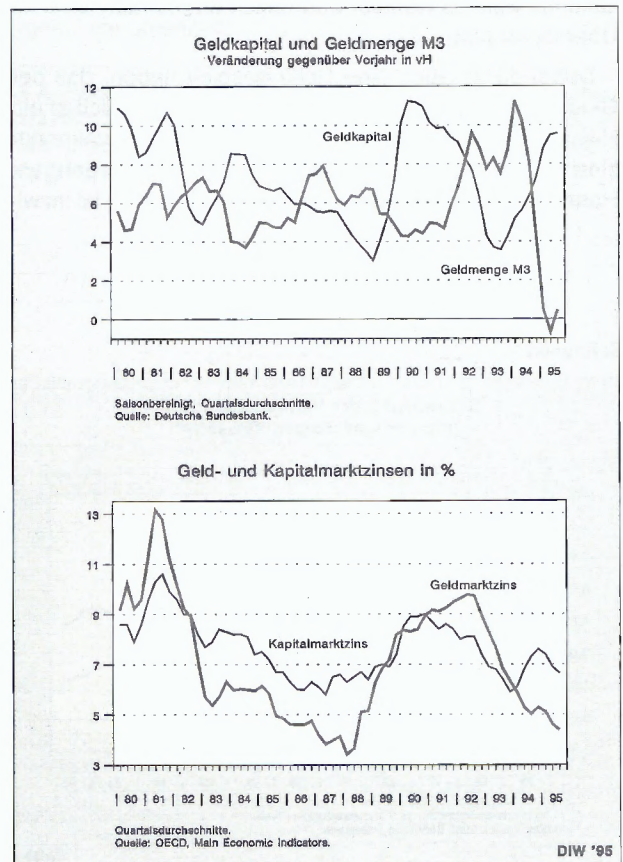
Dazu hat auch beigetragen, daß nach dem 1.8.1994 immer mehr Anleger Geldmarktfonds erwarben, was vor allem zu Lasten traditioneller Termineinlagen und damit der Geldmenge M3 ging. Dieser Effekt war zunächst schwer quantifizierbar, da die Geldmarktfonds einen Teil der ihnen zufließenden Mittel wieder auf dem heimischen Geldmarkt anlegten. Die Deutsche Bundesbank bezog daraufhin die Geldmarktfonds in die Geldmenge „M3 erweitert“ ein, die neu definiert und um die inländischen Bankeinlagen der Fonds korrigiert wurde. Im vierten Quartal 1994 und im ersten Quartal 1995 ging die erweiterte Geldmenge M3 jedoch absolut zurück — ebenso wie die Geldmenge M3, deren Entwicklung sich folglich nicht mehr allein daraus erklären läßt, daß Anleger Termineinlagen auflösten, um Geldmarktfonds zu erwerben.

Demnach müßte vor allem das Auslaufen des steuerlichen Schuldzinsenabzuges dafür verantwortlich sein, daß die Geldmenge bis weit in das Jahr 1995 hinein stagnierte. Vorzieheffekte hätten dann wesentlich dazu beigetragen,

daß die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen und Privatpersonen noch 1994 kräftig zunahm, um sich nach der Jahreswende deutlich abzuschwächen. Seit Anfang 1995 expandiert die Kreditvergabe nur noch mit Raten, die kaum über 7 vH hinausgehen und damit niedriger sind als im Rezessionsjahr 1993. Dies allein der Baukonjunktur zuzuschreiben, erschiene wenig plausibel. Vielmehr entwickelten sich auch die Ausrüstungsinvestitionen schwach; dies signalisiert, daß der Aufschwung insgesamt an Dynamik verloren hat — Folge des Anstieges der langfristigen Zinsen im vergangenen Jahr, der mit einer kontinuierlichen Aufwertung der D-Mark einherging. Als sich der Zinstrend umkehrte, entstanden zudem Anreize, Kapitalmarkttitel zu erwerben, um Kursgewinne erzielen zu können. Auch dies trug dazu bei, die Geldmengenexpansion zu dämpfen. Folglich hatte die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt in den letzten beiden Jahren mittelbar und unmittelbar Einfluß auf das Geldmengenwachstum: mittelbar, weil der Zinsanstieg im vergangenen Jahr zu einer konjunkturellen Stockung und damit zu einer schwächeren Kreditexpansion führte; unmittelbar, weil Zinssensenkungserwartungen Umschichtungen auslösten, die zu Lasten von M3 und zugunsten längerfristiger Anlageformen gingen.

Zinsinduzierte Portfolioumschichtungen sind nicht ungewöhnlich. Schaubild 3 zeigt, daß diese prinzipiell

Schaubild 3



jederzeit auftreten und die Geldmengenentwicklung beeinflussen können. Sie weisen eine Systematik auf, die es ungerechtfertigt erscheinen läßt, von bloßen Sondereffekten zu sprechen. Gleichwohl können sie den Zusammenhang zwischen der Geldmengen- und der Zinsentwicklung stören und damit die Geldpolitik vor schwerwiegende Steuerungsprobleme stellen.

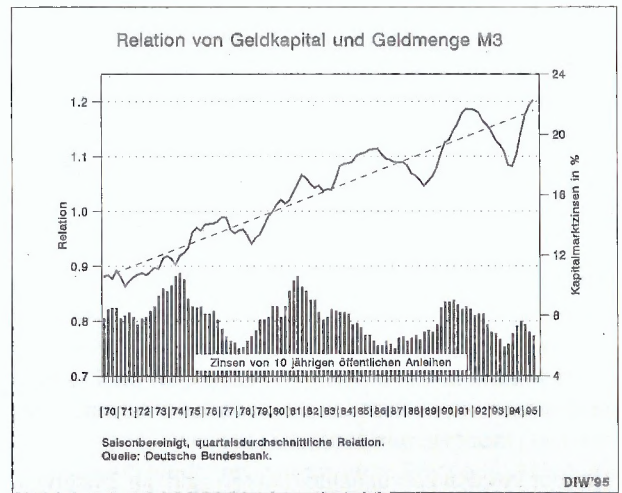
Geldmengenkonzept und Zinszyklus

Im potentialorientierten Geldmengenkonzept verläuft die Wirkungsrichtung monetärer Impulse idealerweise vom Geldangebot über die Zinsentwicklung am Geld- und Kapitalmarkt hin zur gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Ziel ist, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf einem Niveau zu stabilisieren, das die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft weder über- noch unterfordert. So würden inflationäre wie deflationäre Tendenzen vermieden. Dies geschieht, indem ein Zinszyklus induziert wird, der verstetigend auf die konjunkturelle Entwicklung wirkt³. Sinkt das reale Einkommenswachstum nämlich unter seinen langfristigen Trend, geht auch die Geldnachfrage zurück. Bei unverändertem Geldangebot gerät der kurzfristige Zins unter Druck und setzt Anreize, von kurzfristigen in langfristige Anlagen umzuschichten, also das Kapitalangebot auszuweiten. Bei gleichzeitig rückläufiger Kapitalnachfrage muß der langfristige Zins sinken. Auf diese Weise werden die Ertragserwartungen der Unternehmen stabilisiert und ein Aufschwung eingeleitet, der dann durch einen gegenläufigen Zinszyklus gedämpft wird. Der Zinszyklus wirkt also als automatischer Stabilisator und trägt dazu bei, starke Wachstums- und Beschäftigungseinbußen in der Rezession ebenso zu vermeiden wie inflationäre Überhitzungen im Aufschwung.

In der Realität weicht eine potentialorientierte Konzeption von dieser Idealvorstellung ab. So verfügt die Bundesbank über keinerlei Möglichkeit, die Geldmenge M3 direkt zu steuern; dies geschieht vielmehr indirekt über eine Variation der Geldmarktsätze, die den eigentlichen Aktionsparameter der Geldpolitik bilden. Im Rahmen einer potentialorientierten Strategie der Geldmengensteuerung wird deshalb der kurzfristige Zins so gesteuert, „als ob“ das Geldangebot mit einer Rate ausgeweitet würde, die der Zuwachsrate der Produktionsmöglichkeiten entspricht. Das Ergebnis ist jedoch in beiden Fällen dasselbe: Ein Zinszyklus wird induziert, der die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verstetigt und einen inflationsfreien Wachstumsprozeß ermöglicht.

Immer wieder wird jedoch bezweifelt, daß zinspolitische Maßnahmen der Zentralbank bei international hochintegrierten Finanzmärkten überhaupt auf den langfristigen Zins durchschlagen. Wären diese Zweifel berechtigt, könnte die Geldpolitik auch keinen Zinszyklus mehr induzieren, der stabilisierend auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität wirkt. Dominieren internationale Einflüsse, wird mit dem Kapitalmarktzins ein Glied aus der Kette

Schaubild 4



herausgebrochen, die das Geldangebot mit der gesamtwirtschaftlichen Aktivität verknüpft. Eine potentialgerechte Geldversorgung wäre nur noch gewährleistet, wenn sich der Kapitalmarktzins in die „richtige“, also in die geldpolitisch gewünschte Richtung bewegt. Ist dies nicht der Fall, müßte die Zentralbank tatenlos zusehen, wenn zinsinduzierte Portfolioumschichtungen mal ein Überschießen, mal ein Unterschließen der Geldmenge auslösen. Auf diese Weise entstehen Unsicherheiten, die über kurz oder lang auf die Gütermärkte übergreifen und die Investitionstätigkeit beeinträchtigen müssen. Die Folge wäre nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Stabilität.

Nachdenklich stimmt insbesondere, daß die Relation zwischen der Geldmenge M3 und der Geldkapitalbildung seit Beginn der achtziger Jahre immer stärker schwankt (Schaubild 4). Dies allein Unstetigkeiten der nationalen Geldpolitik zuzuschreiben, erschiene wenig plausibel. Anzunehmen ist vielmehr, daß internationale Einflüsse an Gewicht gewonnen haben. Lösen sie Portfolioumschichtungen aus, die nicht mehr im Einklang mit der nationalen Geldpolitik stehen, sind Steuerungsprobleme unvermeidlich, wie gerade die jüngste monetäre Entwicklung zeigt.

Internationale Einflüsse auf die Geldmengenentwicklung

Schon zur Jahreswende 93/94 zeichnete sich ab, daß die Phase sinkender Kapitalmarktzinsen bald vorüber sein würde. Entscheidend dazu beigetragen hatte die konjunkturelle Entwicklung in den USA. Bei steigender Kapazitätsauslastung und sinkenden Arbeitslosenzahlen hatten sich zunehmend Inflationserwartungen gebildet, die eine Zinswende immer wahrscheinlicher werden ließen. Auch die

³ Zum Zinszyklus vgl.: Potentialorientierte Geldmengenpolitik und Zinszyklus. Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW Nr. 1-2/94, S. 28-31.

deutsche Geldpolitik machte deutlich, daß der Kapitalmarktzins aus ihrer Sicht bereits ein sehr niedriges Niveau erreicht hatte⁴. Da schon 1992 das Geldmengenziel nicht erreicht worden war und auch 1993 die Geldmenge im Durchschnitt des vierten Quartales über dem Zielkorridor gelegen hatte, war zudem kaum mit weiteren Zinssenkungen zu rechnen. Beides zusammen erklärt den „Liquiditätsstau“, der sich zur Jahreswende 1993/94 einstellte und durch steuerpolitische Sondereffekte verschärft wurde. Als die amerikanische Zentralbank im Februar beschloß, die Leitzinsen wieder anzuheben, setzte auch am langen Ende des Marktes ein Zinsauftrieb ein, der sich rasch auf andere Länder übertrug. Das Ergebnis war eine allgemeine Präferenz für kurzfristige Anlagen, die auch erklärt, warum der Liquiditätsstau so zäh war und nur nach und nach abgebaut werden konnte.

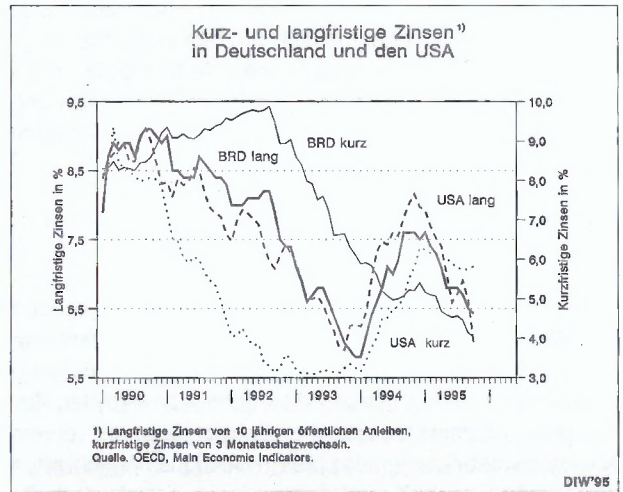
In der zweiten Jahreshälfte drehten sich die Zinserwartungen wieder, zum einen, weil in den USA mehr und mehr deutlich wurde, daß die noch zu Jahresbeginn vielfach gehegten Inflationsbefürchtungen übertrieben gewesen waren und ein Ende des Restriktionskurses der amerikanischen Zentralbank absehbar wurde; zum anderen, weil die Deutsche Bundesbank nach Juli 1994 keine Neigung mehr zeigte, die Geldmarktsätze in die eine oder in die andere Richtung zu verändern. Der Liquiditätsstau konnte nunmehr beschleunigt abgebaut und das Geldmengenziel für 1994 doch noch erreicht werden.

Auffallend ist, daß der absolute Rückgang der Geldmenge gerade zu der Zeit stattfand, als die amerikanische Notenbank mit einer ungewöhnlich starken Leitzinsanhebung — um 75 Basispunkte — signalisierte, daß die Phase monetärer Restriktion bald abgeschlossen sein würde. Immer mehr Anleger schichteten daher von kurzfristigen in langfristige Anlagen um, was auch zu Lasten der Geldmengenentwicklung gehen mußte. Als der Aufschwung zur Jahreswende an Dynamik verlor, die Kreditexpansion nachließ und der Kapitalmarktzins seinen Höhepunkt überschritten hatte, wich die Geldmenge zunehmend von ihrem Zielpfad ab — diesmal freilich nach unten. Das Resultat war die sinusförmige Entwicklung der Geldmenge, wie sie das Schaubild 2 zeigt.

Die von einer potentialorientierten Strategie unterstellte Kausalität wurde dabei immer schwächer und schließlich auf den Kopf gestellt. Sie verlief nun nicht vom Geldmarktzins zur Geldmenge und von da aus zum Kapitalmarktzins, sondern vom Kapitalmarktzins über die Geldmenge und schließlich zum Geldmarktzins. Die Folge war nicht nur eine un stetige monetäre, sondern auch eine un stetige realwirtschaftliche Entwicklung. Dagegen vorzugehen, hätte eine weitaus eigenständigere Geldpolitik erfordert, als sie in den letzten beiden Jahren betrieben wurde.

Die Deutsche Bundesbank hat in der Vergangenheit wiederholt unter Beweis gestellt, daß sie dazu in der Lage ist. Das war zuletzt Anfang der neunziger Jahre der Fall. Schaubild 5 zeigt, daß die deutsche Geldpolitik den kurzfristigen Zins bis in den September 1992 hinein weiter anhob,

Schaubild 5



obgleich der internationale Zinstrend schon seit der Jahreswende 1990/91 nach unten wies und der Kapitalmarktzins längst rückläufig war — auch in Deutschland. Daraus folgt jedoch nicht, daß die deutsche Geldpolitik wirkungslos gewesen wäre: Während die amerikanische Geldpolitik den Versuch unternahm, mit den kurzfristigen Zinsen auch die langfristigen so rasch wie möglich zurückzuführen, bremste die deutsche Geldpolitik den von den USA ausgehenden Rückgang des Kapitalmarktzinses mit Erfolg. Erst als auch die Bundesbank ihre Leitzinsen zurücknahm, beschleunigte sich der trendmäßige Rückgang der Kapitalmarktzinsen. Von 1990 bis zur Jahreswende 1993/94 bewegte sich der Kapitalmarktzins in einem Korridor, der von der amerikanischen Notenbank und der Deutschen Bundesbank bestimmt wurde. Erst 1994 öffnete sich eine Schere zwischen der Zinsentwicklung am Geld- und am Kapitalmarkt, was mit einer immer un stetigeren Entwicklung der Geldmenge einherging.

Die Bundesbank muß sich daher fragen lassen, ob es richtig war, die weitere Entwicklung der Geldmenge abzuwarten und klare zinspolitische Signale erst 1995 zu setzen. Hätte sie bereits im vergangenen Jahr die Geldmarktsätze deutlich gesenkt und damit ein Gegengewicht zum Anstieg der langfristigen Zinsen geschaffen, wäre nicht nur der Liquiditätsstau beschleunigt abgebaut, sondern auch der Anstieg der langfristigen Zinsen gebremst worden. Auch die starke reale Aufwertung der D-Mark, die nun immer mehr Unternehmen Sorgen bereitet, hätte auf diese Weise zumindest gemildert werden können. Wären die Weichen im vergangenen Jahr richtig gestellt worden, hätten sich Geldangebot und Konjunktur stetiger entwickeln können, als dies tatsächlich der Fall war. Entsprechend groß ist der Zinssenkungsbedarf, der inzwischen aufgelaufen ist.

⁴ So erklärte die Deutsche Bundesbank im Dezember 1993, die langfristigen Zinsen seien „bereits außergewöhnlich niedrig“. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Dezember 1993, S. 7.

Konsequenzen für die Geldpolitik

Auch die Entwicklung der Realzinsen deutet darauf hin, daß die Geldpolitik wenig Anlaß hat, die Zielunterschreitung hinzunehmen und zur Tagesordnung überzugehen. Legt man den Anstieg der Verbraucherpreise in Westdeutschland zugrunde, kommt man zu einem Realzins von gegenwärtig rund 4,5 %; werden die Erzeugerpreise herangezogen, sogar auf rund 5 %. Rückläufige Preiserwartungen tragen dazu bei, den Realzins auf diesem Niveau zu stabilisieren. Gemessen an einer konjunkturellen Entwicklung, die immer mehr an Schwung verliert, ist ein solcher Realzins immer noch zu hoch, gerade weil (und nicht: obwohl) er dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Auch dieser Befund deutet darauf hin, daß der Zinszyklus durch die Portfolioumschichtungen in den beiden letzten Jahren „aus dem Takt“ gebracht worden ist und nicht mehr mit der konjunkturellen Entwicklung im Einklang steht.

Eine Rückkehr zu einem Zinszyklus, der stabilisierend wirkt, ist daher dringend erforderlich. Im Rahmen einer potentialorientierten Konzeption setzt dies voraus, daß die Geldmenge wieder auf ihren Zielpfad zurückgeführt wird. Nicht zuletzt deshalb kommt der Entscheidung über das Geldmengenziel für 1996 eine Signalfunktion zu. Damit stellen sich zwei Fragen: Erstens ist zu klären, mit welcher Rate das Geldangebot ausgeweitet werden sollte; zweitens, wo der Zielkorridor anzusetzen ist: Auf der Basis des faktisch erreichten Niveaus im Durchschnitt des vierten Quartals oder aber auf dem Niveau, das sich ergeben hätte, wäre die Geldmengenentwicklung in diesem Jahr zielkonform gewesen. Was die Wachstumsrate der Produktionsmöglichkeiten anbelangt, erscheint auch künftig ein Zuwachs von 3 vH angemessen. Zusammen mit einer Preisnorm von 2 vH und einer trendmäßigen Veränderung der Kassenhaltung von 1 vH errechnet sich daraus ein potentialgerechter Geldmengenwachstum von 6 vH. Auch die Tatsache, daß die Geldmenge M3 seit Beginn der neunziger Jahre mit einer Rate von rund 7 vH zunehmen konnte, ohne daß dies bislang inflationäre Folgen gehabt hätte — bei einer Wirkungsverzögerung von etwa zwei Jahren hätten sich diese längst zeigen müssen —, spricht dafür, daß eine solche Rate nicht zu hoch angesetzt ist. Wird zudem berücksichtigt, daß die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft auch mit einer Rate zunehmen können, die deutlich darüber liegt, stellen 6 vH eher die Unter- als die Obergrenze dar.

Welche Basis sollte dabei gewählt werden? Für die aktuelle Geldmenge im Durchschnitt des vierten Quartals spricht die von den Wirtschaftsforschungsinstituten immer wieder empfohlene Regel, daß Zielverfehlungen hinzunehmen sind, wenn sie der Vergangenheit angehören („by-gones are by-gones“). Eine solche Vorgehensweise ist insbesondere dann gerechtfertigt, wenn die Geldmengenentwicklung durch Sondereinflüsse verzerrt wurde. Anders verhält es sich, wenn die monetäre Entwicklung Portfolioumschichtungen widerspiegelt, die auf internationale Einflüsse zurückzuführen sind. Würde in einem solchen Falle

die jeweils im Durchschnitt des vierten Quartales erreichte Geldmenge als Basis gewählt und damit zum Maßstab der Geldpolitik gemacht, bestünde die Gefahr, daß die Portfolioentscheidungen der Anleger einen indirekten Einfluß auf den geldpolitischen Kurs der Deutschen Bundesbank erhalten. Das kann nicht im Sinne einer potentialorientierten Strategie sein.

Da gegenwärtig solche internationalen Einflüsse vorliegen, ist es sinnvoll, den Zielkorridor für das kommende Jahr in der Mitte des Zielkorridors für das laufende Jahr anzusetzen. Ein solches Geldmengenziel trägt dem „Nachholbedarf“ Rechnung, der sich im laufenden Jahr aufgestaut hat, und schafft Raum für ein kräftiges Geldmengenwachstum. Zugleich würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Zinszyklus wieder mit der konjunkturellen Entwicklung synchronisiert und die derzeitige Stockung überwunden werden kann. Erst dann gehört die diesjährige Zielverfehlung der Vergangenheit an und kann als „bygone“ gewertet werden.

Um einer weiteren Verschlechterung der Ertragsersparungen entgegenzuwirken, muß die Deutsche Bundesbank ihre Leitzinsen weiter zurücknehmen. Geschieht dies nicht, und nimmt die Differenz zwischen den lang- und den kurzfristigen Zinsen wieder ab, werden Portfolioumschichtungen ausgelöst, die zu Lasten langfristiger Anlagen gehen müssen. Die Folge wäre eine instabilere monetäre und realwirtschaftliche Entwicklung. Dies zu verhindern, ist die Aufgabe einer potentialorientierten Geldpolitik.

Die Geldmengenentwicklung der beiden letzten Jahre hat allerdings auch Fragen von grundsätzlicher Bedeutung aufgeworfen. So wurden Befürchtungen wach, die „Globalisierung“ der Finanzmärkte habe zu einem generellen Kontrollverlust nationaler Geldpolitik geführt. Entzieht sich die Preisbildung an den Finanzmärkten jeglicher geldpolitischer Einflußnahme, könnten geldpolitische Impulse auch nicht mehr auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität durchschlagen. Das aber ist erforderlich, soll die Geldpolitik die Voraussetzungen für inflationsfreies Wachstum schaffen. Jede geldpolitische Strategie stünde damit vor unlösbaren Problemen, ganz gleich, ob sie Zwischenziele für die Geldmenge festlegt oder — wie in den meisten westlichen Industrieländern — direkte Inflationsziele bevorzugt.

Solche Befürchtungen entbehren jedoch jeder empirischen Grundlage. Agens der Geldpolitik in den vergangenen zwei Jahren waren nicht die anonymen Kräfte des Weltkapitalmarktes, sondern die geldpolitischen Entscheidungen der amerikanischen Zentralbank, die den internationalen Zinstrend prägten. Kaum einzusehen ist, warum dazu nicht auch die deutsche Geldpolitik in der Lage sein sollte. Da viele Staaten Europas innerhalb und außerhalb des Europäischen Währungssystems bestrebt sind, den Wechselkurs ihrer Währung gegenüber der D-Mark stabil zu halten, reicht der Einfluß der deutschen Geldpolitik weit über die Landesgrenzen hinaus und erstreckt sich auf einen Währungsraum, der kaum weniger bedeutsam ist als der amerikanische.

Nicht nur, daß kein Anlaß zur Resignation besteht; sie kann auch zu einer Gefahr werden, wenn sie dazu führt, daß die deutsche Geldpolitik ihre Möglichkeiten mehr und mehr unterschätzt. Unterbleiben zinspolitische Schritte, weil befürchtet wird, daß sie bei hochintegrierten Finanz-

märkten unwirksam sind, kann dies gravierende realwirtschaftliche Konsequenzen haben. Ein „monetärer Pessimismus“, wie er sich immer weiter ausbreitet, weist in die falsche Richtung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Kurt Geppert.

Polens Weg in die Europäische Union. Bearbeitet von Christian Weise. —

Bruttoinlandsprodukt wächst kaum noch. Bearbeitet von Karin Müller-Krumholz. —

Geldpolitik auch bei offenen Finanzmärkten gefordert. Bearbeitet von Marcel Stremme.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304